

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 67, Dezember 2014



Aus dem Inhalt:

Aufnahme der Goldenen Bulle in das Weltdokumentenerbe der UNESCO (S. 3)

Bauteil A des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erstrahlt im neuen Glanz (S. 5)

Staatsminister Dr. Spaenle im Staatsarchiv Bamberg (S. 6)

Staatsminister Herrmann im Staatsarchiv Nürnberg (S. 7)

Das Staatsarchiv Würzburg feierte Geburtstag (S. 7)

Eröffnung der Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“
im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (S. 40)

Ausstellungen in den Staatsarchiven Bamberg (S. 42), Coburg (S. 43) und
München (S. 44)

Inhalt

Aktuelles

- Festakt anlässlich der Aufnahme der Goldenen Bulle in das Welt-dokumentenerbe der UNESCO3
- Bauteil A des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erstrahlt im neuen Glanz.....5
- Besuch des Staatsministers Dr. Ludwig Spaenle im Staatsarchiv Bamberg.....6
- Innenminister Joachim Herrmann zu Besuch im Staatsarchiv Nürnberg....7
- Das Staatsarchiv Würzburg feierte Geburtstag7

Veranstaltungen

- Große Resonanz bei den Begleitveranstaltungen zur Weltkriegsausstellung9
- Ein Palazzo an der Ludwigstraße – Präsentation der Sanierung des ehemaligen Kriegsministerialgebäudes an der Ludwigstraße durch den bauleitenden Architekten10
- Das Staatsarchiv Nürnberg wird von 1400 Interessierten besucht.....12

Tagungen

- Von der Individualität zur Norm? – Die EDV-Tage Theuern 2014.....13

Schriftgutverwaltung

- „Liste der nicht anbietepflichtigen Unterlagen“ erleichtert Aussonderung bei den Landratsämtern14
- Zweites Registratorentreffen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv14
- Langzeitsicherung digitaler Unterlagen brennt Oberpfälzer Landratsämtern auf den Nägeln – Informationsveranstaltung des Staatsarchivs Amberg in Neustadt a.d. Waldnaab.....15
- Fortbildungsoffensive für oberfränkische Registratorinnen und Registratoren.....16
- Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Justiz18

Bestände

- EAD(DDB) – ein neues Metadatenprofil für die Staatlichen Archive Bayerns19
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv*
- Schon im August 1945 gab es in München wieder ein Musikleben – Überlieferung der Intendanz der Bayerischen Staatsoper weiter erschlossen20
- Vom Gendarmeriepersonalakt zum Lehrfilm der Bereitschaftspolizei – Überlieferung in den Staatlichen Archiven Bayerns durch Übernahme von Unterlagen aus dem Bayerischen Polizeimuseum Ingolstadt ergänzt.....21
- Bayern und die DDR im letzten Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung – Hilfesuche von DDR-Bürgern und deren westdeutschen Verwandten an die Bayerische Staatskanzlei jetzt einzeln erschlossen22
- Neues Findmittel für die Unterlagen des Landesbeauftragten für den Datenschutz.....23
- Nachlass in England bringt nach 97 Jahren Gewissheit über das Schicksal eines vermissten bayerischen Soldaten23
- Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv25
- Neu verzeichnete Nachlässe aus der Zwischenkriegszeit im Sudetendeutschen Archiv. Politische Konzeptionen sudetendeutscher Aktivisten und Intellektueller nach Gründung der Tschechoslowakei26
- Staatsarchiv Augsburg*
- Amtsbücher und Akten der Herrschaft Neuburg an der Kammel erschlossen28
- Schwäbische „Flusskreise“ in Beständen sichtbar30
- Staatsarchiv München*
- Menschen im Moos – das Torfwerk Raubling.....31

Staatsarchiv Würzburg

- Neue Findmittel für die Eisenbahn- und Postverwaltung.....32

Bestandserhaltung

- Studierende aus Stuttgart zu Besuch in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.....34
- Ansicht der Stadt Rom aus dem 17. Jahrhundert restauriert35
- Restaurierung eines Bandes aus dem Bestand „Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Partikulare“ des Staatsarchivs Nürnberg36
- Kontinuierlicher Fortschritt der Bestandserhaltungsmaßnahmen bei den Truppenakten aus dem Ersten Weltkrieg38

Ausstellungen

- Eröffnung der Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“40
- Eröffnung der Ausstellung „Kriegsansichten“ im Staatsarchiv Bamberg42
- Staatsarchiv Coburg präsentierte Ausstellung „Fürst in Zeiten der Krise“43
- Eröffnung der Ausstellung „Schuld und Sühne?“ im Staatsarchiv München44

Archivschule

- Die Bayerische Archivschule blickt über den Zaun46
- Neuer Referendarkurs hat begonnen.....46

Personalia

- Generaldirektor a.D. Professor Dr. Rumschöttel geehrt47
- Archivobersekretär Thorsten Pecher plötzlich am 4. Dezember 2014 verstorben.....47

Neue Veröffentlichungen

- Impressum.....51
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ..51

Aktuelles

Festakt anlässlich der Aufnahme der Goldenen Bulle in das Weltdokumentenerbe der UNESCO

Am 28. Juli 2014 fand in München im Beisein von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle ein Festakt statt, in dem Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees für das Programm Memory of the World der UNESCO, die Urkunden zur Aufnahme zweier Exemplare der Goldenen Bulle aus dem Jahr 1356 in das Weltdokumentenerbe überreichte. Bei den Exemplaren der Goldenen Bulle, die in den Staatlichen Archiven Bayerns verwahrt werden, handelt es sich um die Ausfertigungen für den Kurfürsten von der Pfalz und für die Reichsstadt Nürnberg.

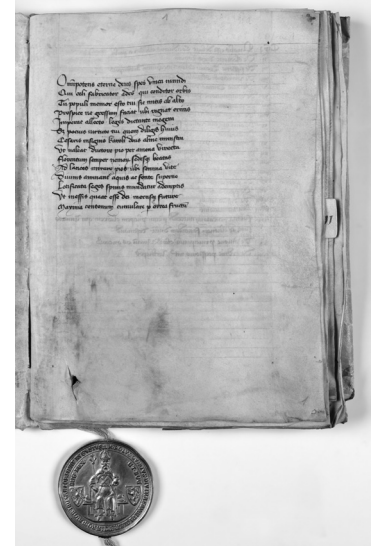
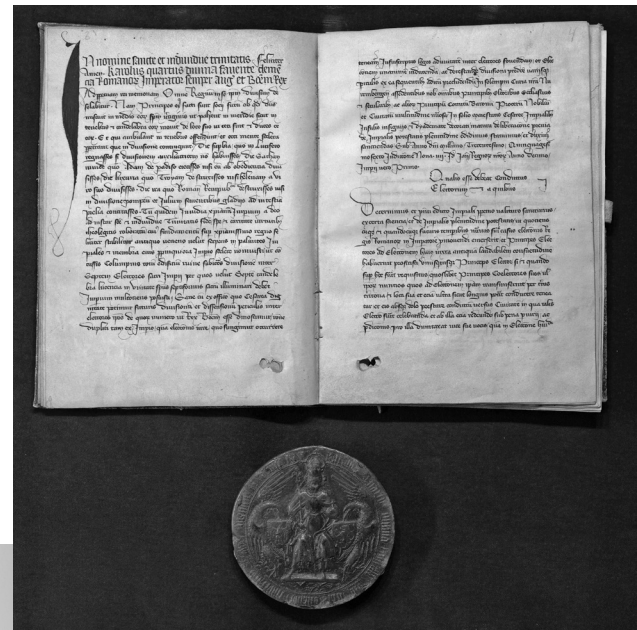
Unter Federführung des Österreichischen Staatsarchivs – Haus-, Hof- und Staatsarchiv und der Österreichischen Nationalbibliothek hatten in einer konzertierten Aktion das Landesarchiv Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv Stuttgart, das Bayerische Hauptstaatsarchiv, das Staatsarchiv Nürnberg, das Institut für Stadtgeschichte – Stadtarchiv Frankfurt am Main und die Universitäts- und Landesbibliothek

Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Gerichten, von wissenschaftlichen Einrichtungen, von Archiven und Bibliotheken waren zu dem Festakt in die Generaldirektion gekommen.

Staatsminister Dr. Spaenle bekundete in seinem Grußwort die große Freude, dass von den 17 herausragenden Kulturgütern, mit denen Deutschland im



V.l.n.r.: Dr. Bernhard Grau, PD Dr. Peter Fleischmann, Dr. Gerhard Hetzer, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, Dr. Margit Ksoll-Marcon (Fotos: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



Urkundenlibell oben mit Wachsiegel, unten mit Goldsiegel.

Darmstadt die bei ihnen verwahrten Exemplare der Goldenen Bulle für das Memory of the World-Programm der UNESCO angemeldet. Es herrschte bei allen Einrichtungen große Freude, als 2013 alle sieben Exemplare in das UNESCO-Register Memory of the World aufgenommen wurden.

Register Memory of the World vertreten ist, sechs in Bayern verwahrt werden, zu denen auch die Exemplare der Goldenen Bulle im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv Nürnberg gehören. Prof. Dr. Leonhard erläuterte in seiner Rede das Procedere der Antragstellung bei der UNESCO. Er stellte den



Professor Dr. Joachim-Felix Leonhard übereicht Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle die Urkunde über die Aufnahme ins Weltkulturerbe (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

erlauchten Kreis der Weltdokumentenerbe-Stücke vor.

Es war ein besonderer Tag für die Staatlichen Archive Bayerns: Aus knapp 45 Millionen Archivalien, die einmaliges Kulturgut des Freistaates Bayern sind, wurden zwei in den Rang eines Weltdokumentenerbes der UNESCO erhoben und jeweils durch eine Verleihungsurkunde gleichsam geadelt. Daher konnten als erklärte Ausnahme vor und nach der Veranstaltung das Pfälzer Exemplar der Goldenen Bulle, ein Pergamentlibell von 24 Blatt, das zugehörige Goldsiegel sowie der originale lederbezogene Holzschuber in einer Vitrine bestaunt werden.

Die Goldene Bulle von 1356 war als wichtigstes Reichsgrundgesetz des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation bis zu dessen Ende 1806 in Kraft. Kaiser Karl IV. regelte darin unter anderem die Wahl des deutschen Königs durch die sieben Kurfürsten und bestimmte die Reichsstadt Frankfurt am Main zum Ort der Königswahl und die Reichsstadt Nürnberg als die Stadt, in der unter dem neugewählten König der erste Reichstag abzuhalten war. Das Exemplar der Kurfürsten von der Pfalz wird heute im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrt und das der Reichsstadt Nürnberg im Staatsarchiv Nürnberg. Der Direktor des

Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer und der Leiter des Staatsarchivs Nürnberg Ltd. Archivdirektor PD Dr. Peter Fleischmann stellten die Geschichte der in ihren Archiven verwahrten Exemplare vor.

Die Ausfertigung des Urkundenlibells auf Pergament einschließlich der Besiegelung hatten die Kurfürsten selbst zu zahlen. Auf Grund von Geldknappheit verzichteten die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg auf eine eigene Ausfertigung. Die drei geistlichen Kurfürsten (Mainz, Köln und Trier) und der Pfalzgraf bei Rhein leisteten sich als vornehmste Form der Beglaubigung ein goldenes Siegel, wofür hohe Gebühren an die kaiserliche Kanzlei gezahlt werden mussten. Die Reichsstädte Nürnberg und Frankfurt ließen sich ein Exemplar mit Wachssiegel erstellen.

Gemäß den Vorgaben der UNESCO ist das Weltdokumentenerbe zu erhalten und zugänglich zu machen. Einer breiten Öffentlichkeit steht das Pfälzische Exemplar seit vergangenem Jahr online über die Homepage der Staatlichen Archive Bayerns (www.staatliche-archiv.bayern.de) und über das Kulturportal bavarikon (www.bavarikon.de) zur Verfügung.

Margit Ksoll-Marcon

Bauteil A des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erstrahlt im neuen Glanz

Die Fassade des sogenannten Bauteils A des Bayerischen Hauptstaatsarchivs an der Ludwigstraße 14 in München wurde generalsaniert. Das Gebäude war von Leo von Klenze im Auftrag Kronprinz bzw. König Ludwigs I. in den Jahren 1822 bis 1830 als klassizistischer Bau ursprünglich für das bayerische Kriegsministerium errichtet worden. Im Zweiten Weltkrieg wurde es gänzlich zerstört.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war das Allgemeine Reichsarchiv – als Vorgänger des heutigen Bayerischen Hauptstaatsarchivs – zusammen mit der Bayerischen Staatsbibliothek in dem Archiv- und Bibliotheksgebäude an der Ludwigstraße 16 untergebracht, das im Auftrag von König Ludwig I. von Friedrich von Gärtner errichtet worden war. In den letzten Kriegsjahren des Zweiten Weltkriegs musste Archivgut in verschiedene Bergungslager geflüchtet werden. Die schweren Zerstörungen am Gebäude und der seit längerer Zeit bestehende Platzbedarf der Bayerischen Staatsbibliothek machten es erforderlich, dass das Bayerische Hauptstaatsarchiv in anderen Räumlichkeiten unterkommen musste. Nach dem Krieg war es zunächst provisorisch im nördlichen der sogenannten

Führerbauten an der Arcisstraße untergebracht, sollte dann aber ein eigenes Archivgebäude erhalten.

Schon bald kamen hierfür die Flächen südlich des Bibliotheksgebäudes ins Gespräch, das kriegszerstörte Militärgelände, bis 1921 Kriegsministerium. Als



V.l.n.r.: Michael Miritsch, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Staatssekretär Georg Eisenreich, Albrecht Grundmann (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

die Entscheidung gefallen war, auf diesem Grundstück das Bayerische Hauptstaatsarchiv zu errichten, galt es, den ursprünglich klassizistischen Gebäudekomplex mit den Anforderungen an ein Archivgebäude in Einklang zu bringen. Vor 50 Jahren, 1964 wurde mit den Baumaßnahmen an der Ludwigstraße begonnen, die 1967 abgeschlossen waren.

Die damals konzipierte Raumaufteilung gilt im Wesentlichen auch heute noch. Sie sah für das Erdgeschoss eine Ausstellungsfläche für das Bayerische Hauptstaatsarchiv und Räumlichkeiten für das Institut für Bayerische Geschichte vor. Im ersten Obergeschoss wurde im südlichen Teil das Geheime Hausarchiv untergebracht und gegenüber das Geheime Staatsarchiv. Darüber befinden sich Magazinflächen. Durch innerorganisatorische Veränderungen wurde 1977 das Geheime Staatsarchiv aufgelöst. In dessen Räumen befindet sich heute die Abt. V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.

Architekt Michael Miritsch (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



2014 – 50 Jahre nach Baubeginn – glänzt das Archivgebäude mit einer neuen Fassade. Bei einem Pressegespräch am 13. Oktober im Beisein von Staatssekretär Georg Eisenreich erläuterten Baudirektor Albrecht Grundmann vom Staatlichen Bauamt München 1 und der verantwortliche Architekt Michael Miritsch die Baumaßnahmen. Sowohl die Anforderungen für ein Archivgut verwahrendes Magazin als auch für Ausstellungsflächen und für moderne Verwaltungs- und Institutsräume waren umzusetzen. So wurden die bisherigen großflächigen Fenster mit Metallrahmen durch Sprossenfenster mit Holzrahmen mit spezieller Lärmschutz- und UV-Schutz-Verglasung ausgetauscht. Auch eine energetische Verbesserung konnte dadurch erreicht werden. Als weitere energetische Maßnahme wurde der Dachraum unter dem Blechdach gedämmt, so dass die klimatischen Verhältnisse weniger stark in den Magazinbereich einwirken können als bisher. An der Außenfassade wurde der Sandstein saniert und der Putz gereinigt, gefestigt und teilweise ergänzt. Bei dem gewählten Farbton des Außenanstrichs orientierte man sich an den Tönen des Sandsteins und der im Klassizismus verbreiteten Einfarbigkeit, durch die das Schattenspiel der Architekturschmuckelemente betont wird. Im Rahmen der Baumaßnahmen wurde außerdem endlich auch ein barrierefreier Gebäudezugang ermöglicht, der im Gebäudeinneren allerdings noch fortgeführt werden muss. Zwei Glasstelen rechts und links des Eingangsbereichs an der Ludwigstraße sowie jeweils drei Glaselemente vor den beiden Ap-siden unter den Arkaden weisen auf das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die darin verwahrten Archivalien hin (vgl. auch S. 10).

Durch die Baumaßnahme wird der von Leo von Klenze geschaffene Prachtbau wieder sichtbar. Allen daran Beteiligten sowie dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel gebührt ein herzlicher Dank.

Margit Ksoll-Marcon

Besuch des Staatsministers Dr. Ludwig Spaenle im Staatsarchiv Bamberg

Der Bayerische Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle besuchte am 2. September 2014 mit seinem Pressechef Dr. Ludwig Unger und Ministerialrätin Eva Hammig das Staatsarchiv Bamberg.

Anlässlich eines Rundgangs erläuterte ihm der Leiter des Staatsarchivs Dr. Stefan Nöth die Probleme des Platzmangels, die dazu führen, dass umfangrei-

che Teile der Archivalien des Staatsarchivs Bamberg in das Staatsarchiv Coburg und in ein Depot bei Bamberg ausgelagert werden mussten. Er führte außerdem die nach hundert Jahren sehr sanierungsbedürftige Bausubstanz des Altbaus aus dem Jahr 1905 vor Augen. Bei Zwischenfällen mit herabfallendem Deckenputz kam zum Glück niemand zu Schaden.

Ferner wurde der Bauplatz für den geplanten Erweiterungsbauprojekt besichtigt, der sich unmittelbar an die jetzigen Archivbauten anschließen wird.



V.l.n.r.: Dr. Stefan Nöth, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle
(Foto: Reinhold Schäffer, Staatsarchiv Bamberg).

Staatsminister Dr. Spaenle gab beim Pressetermin offiziell bekannt, dass das Wissenschaftsministerium die Planung für den Erweiterungsbauprojekt genehmigt habe, wofür eine Million Euro im Haushalt vorgesehen seien. Der Erweiterungsbauprojekt mit einer Kapazität von 19 laufenden Kilometern Archivalien soll dann zunächst die Bestände des Altbaus aufnehmen, damit dieser gründlich renoviert werden kann.

Stefan Nöth

Innenminister Joachim Herrmann zu Besuch im Staatsarchiv Nürnberg

Im offiziellen Kalender des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr stand folgender Eintrag zu lesen: „Am Mittwoch, dem 17. September um 9.45 Uhr besichtigt Herrmann das Magazingebäude des Staatsarchivs in der Archivstraße 17, Nürnberg.“ Staatsminister Joachim Herrmann wurde am Portal des Staatsarchivs von dessen Leiter, PD Dr. Peter Fleischmann, und den leitenden Herren des Staatlichen Bauamts Erlangen-Nürnberg, Dieter Maußner und Roman Zirngibl sowie von Bauoberrätin Tamara Ochsenkühn erwartet.

Der Besuch diente zur Information einerseits über Aufgaben und Bedeutung des Hauses, andererseits über die erst vor kurzem entdeckten, gravierenden statischen Probleme des Magazingebäudes, in dem ca. 20.000 Laufmeter an Archivgut verwahrt werden.

Anhand wertvoller Archivalien, darunter der ältesten Urkunde aus dem Jahr 889, erläuterte Dr. Fleisch-

valien rechtzeitig verlagert worden. Der zügige Wiederaufbau konnte zu Beginn der 1950er Jahre zwar abgeschlossen werden, doch ist die mangelnde Qualität des damals verwendeten Baumaterials die Ursache für die vor kurzem sogar drohende Einsturzgefahr eines Teils des Magazingebäudes. Mit großem Interesse verfolgte Staatsminister Herrmann die Ausführungen der Baufachleute über Sanierung bzw. Erweiterung des Gebäudebestands und eines Neubauszenarios. Es wurde offensichtlich, dass zum Erhalt einzigartigen Kulturguts dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

Peter Fleischmann

Das Staatsarchiv Würzburg feierte Geburtstag

Unter dem Motto „250 Jahre Archiv in der Würzburger Residenz. Ein Haus der Geschichte im Weltkulturerbe 1764–2014“ stand die Jubiläumsveranstaltung, zu welcher die Generaldirektion der Staatlichen

Archive Bayerns und das Staatsarchiv Würzburg am Donnerstag, 2. Oktober 2014, in den Fürstensaal der Würzburger Residenz eingeladen hatten. Anlass für den Festakt, dem sich ein Empfang in den Räumlichkeiten des Staatsarchivs im Nordflügel der Residenz anschloss, war der Umzug des Archivs der Würzburger Fürstbischöfe vom Randersackerer Turm auf der Festung Marienberg, wo es seit dem Spätmittelalter untergebracht war, in das schon weitgehend fertiggestellte neue Residenzschloss in der Stadt im Jahr 1764.

Zwar war schon während der Bauphase der Residenz beschlossen worden, auch die wichtigsten Archivalien des Hochstifts, insbesondere die Urkunden, im aktuellen Wohnsitz des Landesherrn unterzubringen, doch

war der dazu bestimmte Raum noch nicht hergerichtet. Am 1. Mai 1764 beschleunigte überraschend ein heftiges Unwetter die Dinge: Der Bergfried der Marienburg war durch Blitzschlag in Brand geraten, was die sofortige Bergung der gefährdeten Archivalien und die Verbringung an einen sicheren Ort notwendig machte. Seine endgültige Unterbringung fand das Archiv schließlich im Rundsaal des Mezzaningeschosses im Nordflügel der Residenz, der wegen seiner Ausrichtung nach Norden und den dadurch bedingten klimatischen Gegebenheiten als besonders geeignet erschien. Von dort breitete sich das Archiv, das durch



V.l.n.r.: Staatsminister Joachim Herrmann, PD Dr. Peter Fleischmann
(Foto: Klaus Drechsler, Staatsarchiv Nürnberg).

mann Zuständigkeit und Inhalt des Staatsarchivs. Besonderes Interesse des Ministers erweckte u.a. ein Findbuch über den im Nürnberger Staatsarchiv verwahrten Bestand zum „Gymnasium Fridericianum Erlangen“, das Joachim Herrmann 1975 absolviert hatte. Für alle Beteiligten erschütternd war schließlich die Betrachtung von Photographien aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, mit denen die schweren baulichen Schäden des Staatsarchivs Nürnberg infolge heftiger Bombardements in den Jahren 1944 und 1945 dokumentiert werden konnten. Glücklicherweise waren während des Zweiten Weltkriegs alle Archi-

Säkularisation und Mediatisierung reichen Zuwachs erfuhr, auf weite Teile des Residenz-Nordflügels aus.

Nach der Zerstörung nahezu sämtlicher Räume und der Vernichtung des zum Teil noch nicht in Bergungslager verbrachten Archivguts am 16. März 1945 folgte ein langwieriger Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. Heute nimmt das für den Regierungsbezirk Unterfranken zuständige Staatsarchiv Würzburg 65 Räume im Nordflügel der Residenz ein. Im Jahre 1975 kam eine Außenstelle auf der Festung Marienberg hinzu. Der Gesamtumfang der Bestände, von denen rund zwei Drittel in den Magazinräumen in der Residenz verwahrt werden, beläuft sich gegenwärtig auf knapp 24 laufende Kilometer.

Die mit 250 Jahren ungewöhnlich lange Verweildauer eines staatlichen Archivs in einem historischen Gebäude wurde mit einem Festakt im stimmungsvollen Fürstensaal der Residenz gewürdigt. Dabei konnte Ltd. Archivdirektor Dr. Werner Wagenhöfer als Amtsleiter des Staatsarchivs Würzburg auch im Namen der Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon rund 150 Gäste und Freunde des Staatsarchivs begrüßen. Darunter befanden sich neben prominenten Vertretern der Kirchen und der Universität Würzburg auch zahlreiche Behördenleiter oder ihre Stellvertreter aus dem gesamten Regierungsbezirk. Besonders erfreulich war, dass die meisten unterfränkischen Archivpfleger und Stadtarchivare sowie nahezu alle Leiter der bayerischen Staatsarchive sowie des Bayerischen Hauptstaatsarchivs anwesend waren. Auch alle wichtigen historischen Vereine der Region waren bei der Veranstaltung vertreten. Ebenso fanden sich Mitglieder adeliger Familien in Unterfranken unter den Gästen. Der über die Grenzen des Freistaats reichenden Bedeutung seiner Bestände entsprechend, hatte das Staatsarchiv auch Gäste aus den benachbarten Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen eingeladen.

Als erster Grußwortredner hob der höchste Vertreter des Freistaats Bayern in Unterfranken Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die Bedeutung der Archive für die Bewahrung des schriftlichen kulturellen Erbes und die Zugänglichmachung für die Öffentlichkeit hervor. Zugleich zeigte er die wichtigen und intensiven Beziehungen zwischen der Regierung

von Unterfranken und dem für den Regierungsbezirk zuständigen Staatsarchiv Würzburg auf. Ein weiteres Grußwort hielt Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Inhaber des Lehrstuhls für Fränkische Landesgeschichte an der Universität Würzburg, der zugleich Vorsitzender der „Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte“ ist. Dieser wichtige unterfränkische Geschichtsverein hat seine umfangreichen Archivaliensammlungen bereits seit 75 Jahren im Staatsarchiv



V.l.n.r.: Dr. Werner Wagenhöfer, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer; im Hintergrund Dr. Bernhard Grau, Prof. Dr. Helmut Flachenecker (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

Würzburg deponiert. Besonders erfreut zeigte sich Dr. Wagenhöfer über die Anwesenheit des Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann, der in einem sehr persönlich gehaltenen Grußwort von seinen ersten Kontakten mit dem Staatsarchiv Würzburg im Rahmen seines Promotionsstudiums in den 1980er Jahren berichtete.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Festvortrag der Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, „Aufgaben und Selbstverständnis der Archive im Wandel“. Darin skizzierte Frau Dr. Ksoll-Marcon die bayerische Archivgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte und zeichnete somit die Entwicklung von der fürstlichen Schatzkammer zum modernen Kompetenzzentrum sowie die Veränderung des Berufsbilds vom Historikerarchivar zum Informationsmanager und Dienstleister nach.

Abschließend führte Dr. Hannah Hien (Staatsarchiv Bamberg) in ihre zusammen mit Dr. Irmgard Lackner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) konzipierte und schon in München gezeigte Lehrausstellung „Fürst-



(Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

liche Schatzkammern. Die Entstehung der Archive im Hochstift Würzburg und im Herzogtum Bayern“ ein, die in leicht modifizierter Form in den Räumen des Staatsarchivs Würzburg zu sehen war. Ergänzt wurde diese durch eine zweite Ausstellung „250 Jahre Archiv in der Würzburger Residenz“, die von Dr. Ingrid Heeg-Engelhart erstellt worden war. Beide Ausstellungen konnten zu den Öffnungszeiten des

Staatsarchivs Würzburg bis zum 28. November 2014 besucht werden. Als Begleitprogramm zum Jubiläum gehörten außerdem zwei Vorträge der Würzburger Professoren Prof. Dr. Helmut Flachenecker und Prof. Dr. Dietmar Grypa, die ebenfalls in den Räumen des Staatsarchivs Würzburg stattfanden.

Werner Wagenhöfer

Veranstaltungen

Große Resonanz bei den Begleitveranstaltungen zur Weltkriegsausstellung

Die Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs „Krieg! Bayern im Sommer 1914“ aus Anlass des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren wurde durch zwei Begleitveranstaltungen ergänzt, die die Abteilung IV Kriegsarchiv und ihre Bestände in den Mittelpunkt stellten.

Am 3. Juni 2014 fand erstmals ein **Tag der offenen Tür** im Gebäude in der Leonrodstraße 57 statt. Von 10 bis 16 Uhr konnten sich Interessierte über die hier verwahrten Schätze informieren und einen Blick hinter die Kulissen werfen. Insgesamt 65 Besucher folgten der Einladung, was als großer Erfolg zu werten ist, fand die Veranstaltung doch an einem Werktag und zu eingeschränkten Öffnungszeiten statt. Eigens für diesen Tag war eine kleine Ausstellung inklusive Textheft mit dem Titel „Das Kriegsarchiv und seine

Bestände“ erarbeitet worden. In fünf Sequenzen – „Aus der Geschichte des Kriegsarchivs“, „Aus den Altbeständen“, „Aus den Bildsammlungen“, „Die Erben der Bayerischen Armee“ und „Quellen zur Personen- und Familienforschung“ (ergänzt um eine praktische Einweisung in die Recherche der durch die Firma Ancestry digitalisierten Kriegsstammrollen) – präsentierten die Bearbeiter Dr. Peter Keller M.A., Reinhard Kirner M.A., Johannes Moosdiele M.A. und Dr. Martina Haggenmüller ausgewählte, thematisch einschlägige Dokumente. Fünf Führungen durch die Magazine und zwei Führungen durch die Sonderausstellung, die sämtlich regen Anklang fanden, rundeten das Programm ab.

Die zweite Begleitveranstaltung bestand aus einem **Vortragsabend**, bei dem wesentliche Bestände des Kriegsarchivs zum Ersten Weltkrieg und zur unmittelbar darauf folgenden Nachkriegszeit vorgestellt



Programm:

3. Juli 2014, 10 bis 16 Uhr
Kleine Ausstellung
„Das Kriegsarchiv und seine Bestände“
Führungen durch die Ausstellung
um 11 und 14 Uhr
Haus- und Magazinführungen
Bayerisches Hauptstaatsarchiv,
Abteilung IV Kriegsarchiv,
Leonrodstraße 57, 80636 München

16. Juli, 17 Uhr, Hörsaal, Schönfeldstraße
Vortragsfolge zu Beständen des Kriegsarchivs
zum Ersten Weltkrieg und zur unmittelbaren
Nachkriegszeit
Bayerisches Hauptstaatsarchiv,
Schönfeldstraße 5, 80539 München
Eintritt zu allen Veranstaltungen frei

Kriegsarchiv
Tag der offenen Tür

Plakatgestaltung: Karin Hagendorn (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

und näher erläutert wurden. Unter dem Gesamttitel „Verwaltung einer Krisenzeit – Das Kriegsarchiv und seine Bedeutung für die Erforschung des Ersten Weltkriegs“ widmeten sich vier Referenten in Kurzvorträgen einzelnen Aspekten. Dr. Martina Haggemüller informierte über das Kriegsarchiv als Institution. Sie stellte die Geschichte des Hauses mit den dort verwahrten Archivalien vor und bot einen Überblick über die Weltkriegsüberlieferung, die durch die nachfolgenden Referenten an ausgewählten Beispielen vertieft wurde. Johannes Moosdiele widmete sich in seinem Vortrag den Truppenakten (WK). Bei seinen Ausführungen stellte er Inhalt, Bedeutung und Recherchemöglichkeiten für diese Akten vor. Dr. Johann Pörnbacher widmete sich den Kriegsstamm-

rollen, Feldpostbriefen und der Literatur, als den wichtigsten Quellen, um dem Schicksal einzelner Soldaten nachzuspüren. Dr. Markus Schmalzl schließlich präsentierte in seinem Vortrag die Überlieferung von Freikorps, Stahlhelm und Landespolizei, also Bestände mit Unterlagen zur Geschichte der Weimarer Republik. Der Abend war mit rund 50 Zuhörern, die sich im Anschluss an die Vorträge auch rege mit Fragen und Diskussionsbeiträgen an der Veranstaltung beteiligten, gut besucht.

Schließlich sei noch auf die seit Beginn des Jahres im Kriegsarchiv monatlich angebotenen **Öffentlichen Führungen** hingewiesen. Angeregt durch die „Weltkriegs-Ausstellung“ und ihre Begleitveranstaltungen wurden die Führungen in der Folgezeit sehr gut angenommen. Geschichtsinteressierte kamen ebenso wie Schüler oder Anwohner der Nachbarschaft des Kriegsarchivs, die einfach einmal sehen wollten, was sich hinter den Backsteinmauern verbirgt.

Martina Haggemüller

Ein Palazzo an der Ludwigstraße – Präsentation der Sanierung des ehemaligen Kriegsministerialgebäudes an der Ludwigstraße durch den bauleitenden Architekten

Das Gebäude an der Ludwigstraße 14 ist heute ein ähnlicher Blickfang wie zur Zeit seiner Erbauung im Jahr 1827 durch Leo von Klenze, des Hofbauintendanten König Ludwigs I. Mit diesem Gedanken leitete Dr. Gerhard Hetzer, Direktor des Hauptstaatsarchivs, den Vortrag von Michael Miritsch zum Abschluss der Sanierung des früheren Kriegsministeriums, heute ein Gebädetrakt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, ein. Nach dem Odeon habe Klenze mit diesem Bau auf der Achse nach Norden einen Schwerpunkt geschaffen.

Im Rahmen einer großen Baumaßnahme unter Federführung des Staatlichen Bauamtes München 1 habe der Architekt Michael Miritsch, der seit 1994 das Büro für Stadtplanung und Projektentwurf in München leitet, das Gebäude in den zurückliegenden acht Monaten mit viel Feingefühl saniert.

de Arkaden mit darüber liegenden Terrassen ersetzt. Auch der Mittelteil an der Schönfeldstraße, in dem heute das Staatsarchiv München untergebracht ist, wurde verändert wiederaufgebaut. Klenze hatte für den Kriegsminister ein dreiflügeliges Palais geschaffen, dessen Flügel sich nach Norden öffneten. Diese



Foto: Doris Wörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Miritsch sprach über den ursprünglichen Bau, dessen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die aktuelle Sanierung. Der Komplex an der Ludwigstraße bestehe durch seine Gliederung in einen höher gebauten Mittelteil mit sieben Achsen und zwei niedrigeren Verlängerungen mit je fünf Achsen – der Königsbau der Residenz sei mit elf Achsen in der Mitte und je sieben zu beiden Seiten ähnlich gestaltet. Beim ehemaligen Kriegsministerium sei der Mittelbau durch eine vorspringende Fassade betont, die klassizistische Architektur dadurch mit Elementen der Renaissance angereichert.

Das Kriegsministerium war Klenzes erstes Gebäude an der Ludwigstraße. Es bildete von Beginn an rückwärtig mit zwei weiteren Gebäuden in die Schönfeldstraße ein Ensemble, durch das an der Schönfeldstraße eine Platzsituation geschaffen wurde. In der ursprünglichen Planung verbanden zwei niedrige Galerien den Bau an der Ludwigstraße mit dem Wohnhaus des Kriegsministers an der Schönfeldstraße und dem dritten Gebäude, das den Platz abschloss. Die Galerien wurden in den 1880er Jahren aufgestockt, um mehr Büros für die Militärverwaltung unterzubringen, was auch zusätzliche Möglichkeiten bot, von einem Gebäude zum anderen zu gelangen. Beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hat man die Galerien samt Aufbauten durch leichter wirken-

Flügel entfielen beim Wiederaufbau. Das Hofensembles wurde nach Norden durch ein bereits bestehendes Depotgebäude geschlossen, das 1965 ebenfalls nicht wiederaufgebaut wurde.

Klenze hatte die Baumaterialien bewusst ausgewählt, den Blendsockel und die aufwendig gestalteten Trophäen der Arkaden an der Ludwigstraße aus Sandstein, während die Bossen und Strukturelemente aus Putz als günstigem Baustoff gearbeitet wurden. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wurde der Komplex in den Jahren 1964 bis 1967 wieder aufgebaut und vor allem die Außenhaut wiederhergestellt, aber die Raumaufteilung innen anders gestaltet. Beibehalten wurde die Rotunde im Eingangsbereich, allerdings nicht mehr als Kreis, sondern in elliptischer Form mit vier Säulen nach dem Vorbild des Renaissance-Architekten Andrea Palladio. Der Empfangssaal befand sich ursprünglich in dem Bereich, in dem heute die Räume des Instituts für Bayerische Geschichte liegen.

Michael Miritsch betonte, dass es bei der aktuellen Sanierung auch darum gegangen sei, die zweihundertjährige Geschichte des Gebäudes nicht zu verwischen. Dazu gehörte, dass Verwitterungen am Sandstein nur erneuert würden, wenn es sich um tragende Teile handele. Ansonsten habe er sich bemüht, den klassizistischen Charakter des Gebäudes herauszuar-



Foto: Doris Wörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

beiten, indem die Fenster wie zu Zeiten Klenzes eine Sprossengliederung erhalten hätten und die Fassade Ton in Ton in einem hellen Gelbton gestrichen worden sei, der sich an die Farbigekeit des Sandsteins anlehne, der eine Nuance Grün aufweist. Dadurch würden die Zierelemente besser zur Geltung gebracht. Die Baumaßnahme sei neben der Denkmalpflege auch der Verbesserung der klimatischen und energetischen Bedingungen in den Magazinen und den Büros verpflichtet gewesen, und zwar durch Wärme- und Schallschutz mit doppelverglasten Fenstern, die mit einer die UV-Strahlung mindernden Folie ausgestattet seien. So sei das einstige Palais des Kriegsministeriums nicht nur ein Schmuckstück für die Ludwigstraße, sondern bringe auch eine Verbesserung für die dort Beschäftigten und die in ihm lagernden Archivalien (vgl. dazu auch S. 5).

Johann Pörnbacher

Das Staatsarchiv Nürnberg wird von 1400 Interessierten besucht

Als im Jahr 1880 unter der Regentschaft von König Ludwig II. der erste Archivzweckbau in Nürnberg errichtet worden ist, verzichteten die verantwortlichen Planer auf einen schon festgelegten Standort im stark industrialisierten und deshalb mit hoher Luftverschmutzung belasteten Süden der Stadt. Vielmehr wählten sie ein großes Areal im vornehmeren und auch sehr viel ruhigeren Norden Nürnbergs. Dort wurde seinerzeit mitten auf der grünen Wiese der markante und noch dazu in Sichtachse zur königlichen Burg gelegene Magazinkomplex mit rückwärtigem Wohnhaus für die drei Betreuer des Archivs gebaut. Die städtische Gemarkung heißt heute noch „Gärten hinter der Veste“, ist aber im Zuge der Industrialisierung fast völlig mit Wohnhäusern überbaut worden.

Die Altstadtfreunde Nürnberg sind ein Verein mit fast 6000 Mitgliedern, der sich seit 1973 aktiv der Denkmalpflege widmet und seitdem in der Stadt mehrere hundert Bauprojekte betreut und auch selbst historische Gebäude wiederhergerichtet hat. Zur Öffentlichkeitsarbeit der Altstadtfreunde gehören die sogenannten „Altstadtspaziergänge“, bei denen jeweils an einem Samstag im Sommerhalbjahr die Schönheiten und Preziosen Nürnbergs nähergebracht und unter sachkundiger Führung erklärt werden. Erstmals widmeten sich die Altstadtfreunde Nürnberg den „Gärten hinter der Veste“, von denen es noch einige in privatem und öffentlichem Besitz zu entdecken gibt. Am Samstag, dem 14. Juni 2014, starteten ab 9 Uhr bis 17 Uhr am Maxtor regelmäßig Führungen, die nach etwa einer Stunde in der Archivstraße beim ehemaligen Colleggarten endeten. Gegenüber befindet sich das Staatsarchiv Nürnberg, dessen Hauptportal geöffnet war und wo im Vestibül ein von den Altstadtfreunden betreuter Informationsstand aufgebaut war.

Die Resonanz auf das Angebot zum Besuch der „Gärten hinter der Veste“ war sehr groß. An insgesamt 25 Führungen nahmen fast 1400 Besucherinnen und Besucher teil. Einen abschließenden Höhepunkt bot das unter Denkmalschutz stehende Staatsarchiv mit der imposanten Eingangshalle und dem repräsentativen Treppenhaus aus dem Jahr 1880. Viele Interessierte haben erstmals das Schatzhaus der Geschichte Mittelfrankens betreten, wo im Obergeschoss eine kleine themenbezogene Ausstellung mit historischen Karten und Plänen ab dem 16. Jahrhundert zu besichtigen war. Auf einem zeitgenössischen Katasterplan von 1880 konnte man im Grundriss noch viele Gärten und an der seinerzeit zunächst nur als Fußweg genutzten „Archivstrasse“ das damals modernste Archivgebäude Deutschlands erkennen.

Peter Fleischmann

Tagungen

Von der Individualität zur Norm? – Die EDV-Tage Theuern 2014

Vom 24. bis 26. September 2014 fanden die 26. EDV-Tage Theuern statt, ausgerichtet von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, dem Haus der Bayerischen Geschichte, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern sowie dem Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern – Schloss Theuern.

Die diesjährige Tagung im Kulturschloss Theuern stand ganz unter dem Vorzeichen terminologischer Fragen. Neben spezifisch museologischen Klassifikationsschemata wie der Oberbegriffsdatei (OBG) und dem Art & Architecture Thesaurus (AAT) des Getty Research Institute wurden verschiedene, für die Archive einschlägige Normdatensysteme sowie ihre Thesaurus-basierte Einbindung in unterschiedliche EDV-Lösungen vorgestellt. Im Zentrum der Betrachtungen stand dabei die Gemeinsame Normdatei (GND) der Deutschen Nationalbibliothek (DNB), über die Brigitte Wiechmann (DNB) referierte.

Dr. Katrin Marth (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) stellte anhand des Schadenskatasters der Staatlichen Archive Bayerns die systematische Erfassung restaurierungsbedürftigen Archivguts auf der Grundlage eines normdatenbasierten Thesaurus vor. Der Schadenskataster ermöglicht die standardisierte Aufnahme der 15 häufigsten endogenen und exogenen Schadensbilder sowie eine Gesamtbewertung des konservatorischen Zustandes der einzelnen Archivalien und damit die langfristige Planung der erforderlichen Bestandserhaltungsmaßnahmen. Außergewöhnliche Schadensbilder können zudem als Freitext dokumentiert werden.

Die Auswirkungen des Encoded Archival Description (EAD)-Standards sowie der Massendigitalisierung auf die archivische Verzeichnung thematisierte ein Vortrag von Dr. Michael Puchta (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). Hierzu gehören nicht nur die International Organization for Standard-

ization (ISO)-konforme Erfassung von Sprache, Schrift und Laufzeit der Archivalien und Bestände, sondern auch die Pflege der Archivtekoniken innerhalb des Archivinformationssystems sowie die Verwendung eines fast eindeutigen Identifikators in Form des Universally Unique Identifier (UUID) vom Typ 4. Die UUID dient in den Staatlichen Archiven Bayerns zudem als Ansatzpunkt, um die informationstechnische Verknüpfung zwischen Digitalisaten



Dr. Katrin Marth (Foto: Joachim Friedl M.A.).

und Verzeichnungsinformationen einerseits sowie die dauerhafte Zitierbarkeit der Erschließungsdaten im Internet mittels der Uniform Resource Name (URN) andererseits sicherzustellen.

Die Tagung machte deutlich, dass der Trend zur einheitlichen Datenerfassung innerhalb der einzelnen kulturgutverwahrenden Sparten weitergehen wird und sich auch die Archive der Diskussion um den Einsatz institutionenübergreifender Normdaten im Semantic Web verstärkt stellen müssen. Dabei haben die Standards zur Erfassung von Metadaten für Kulturgut neben den fachlichen Aspekten zunehmend den verschiedenen Szenarien ihrer technischen Nachnutzung Rechnung zu tragen. Zudem müssen angesichts des steten Wandels der informationstechnischen Standards effiziente Workflows entwickelt werden, um die Altdaten automatisiert an neue Anforderungen und Nutzungsszenarien anpassen zu können.

Michael Puchta

Schriftgutverwaltung

„Liste der nicht anbietepflichtigen Unterlagen“ erleichtert Aussonderung bei den Landratsämtern

Die Landratsämter geben in Bayern ihre Unterlagen an die jeweils zuständigen Staatsarchive in dem Regierungsbezirk ab. Die Bewertungsentscheidung wird auf Vorschlag der Staatsarchive durch die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns getroffen. In den 1990er Jahren wurden die massenhaft anfallenden Einzelakten gezielt auf ihre Archivwürdigkeit hin überprüft unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und der seit 1950 getroffenen Bewertungsentscheidungen. Eine wesentliche Erleichterung für die Arbeiten war, dass alle Landratsämter den „Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter (EAPI)“ verwendeten. Es konnten die Ergebnisse auf der Grundlage des EAPI in ein Verzeichnis einfließen, um den Landratsämtern mitzuteilen, welche Aktengruppen künftig nicht mehr anzubieten sind. Zwar sieht das Bayerische Archivgesetz in Art. 6 Abs. 1 die Anbietung sämtlicher nicht mehr benötigter Unterlagen vor, jedoch kann gemäß Art. 6 Abs. 2 BayArchivG auch auf die Anbietung von Unterlagen verzichtet bzw. der Umfang der anzubietenden Unterlagen eingeschränkt werden.

Um bei manchen Aktenzeichen eine Totalkassation zu vermeiden, jedoch um den Umfang erheblich zu reduzieren, wurden einige Landratsämter zu Musterregistraturen erklärt. Die Archivierung der Unterlagen aus den Musterregistraturen soll bayernweit eine durchgängige Überlieferung dieser Akten in Auswahl sicherstellen, damit sie für sozial-, wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen der Forschung genutzt werden können. Beispiele sind hier Akten zur Unterhaltssicherung (EAPI 0871), Ausländerakten (EAPI 1610), Akten der Minderjährigenfürsorge (EAPI 2631, früher 434) oder Sozialhilfeeakten (EAPI 411).

2004 wurde diese „Liste der nicht anbietepflichtigen Unterlagen“ den Landratsämtern zugeleitet. Aufgrund der Überarbeitung des EAPI und des Inkrafttretens eines vierstelligen EAPI 2003 musste die Liste überarbeitet werden. Denn die bisherige Liste war für den praktischen Gebrauch bei einer Schriftgutablage nach dem neuen vierstelligen Aktenplan nur mit einer Konkordanz zur dreistelligen Systematik zu nutzen. Zum anderen haben sich über die Jahre durch die kontinuierlich durchgeführten Aktenaussonderungen und Aktenanalysen der Staatsarchive neue Erkenntnisse über weitere Aktengruppen ergeben, die ebenfalls als

nicht archivwürdig einzustufen sind. So konnten jetzt auch weitere Musterregistraturen festgelegt werden, z.B. für die Akten zur Unterbringung psychisch Kranker (EAPI 5340) oder die Akten zur Altenbetreuung (EAPI 4172). Außerdem bietet die aktualisierte Liste der nicht anbietepflichtigen Unterlagen nunmehr die Möglichkeit, die Bewertungsmerkmale in einem elektronischen Dokumentenmanagementsystem zu hinterlegen und das Verfahren der Aussonderung weiter zu automatisieren. Dabei ist allerdings äußerste Vorsicht geboten, da laut Zusammenstellung bei einzelnen Untergruppen oder Sachgruppen nur Teile des darunter anfallenden Schriftgutes von der Anbietepflicht ausgenommen werden können.

Die überarbeitete „Liste der nicht anbietepflichtigen Unterlagen“ (Stand: 27. März 2014) für die Aussonderung bei den Landratsämtern ist über die regional zuständigen Staatsarchive allen Landratsämtern zugegangen. Sie ist auf Nachfrage bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und den Staatsarchiven erhältlich.

Susanne Wolf

Zweites Registratorentreffen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Nach fünfjähriger Pause führte das Bayerische Hauptstaatsarchiv am 3. Juni 2014 wieder eine Tagung für das Registraturpersonal seiner Abgabebehörden durch. Das Treffen, das mit 71 Besucherinnen und Besuchern aus 35 Behörden auf große Resonanz stieß, zielte zum einen darauf, in Kontakt mit Behörden zu treten, die bisher eine geringe Aussonderungsbereitschaft zeigten. Zum anderen sollte das Bewusstsein für einen zügigen und strukturierten Aussonderungsprozess wieder geschärft werden, zumal bei einigen Ministerien mit der Einführung der E-Akte bzw. eines elektronischen Vorgangsbearbeitungssystems größere Abgaben an herkömmlichen Akten zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund bezweckte die Tagung außerdem, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Aussonderung digitaler Unterlagen zu informieren.

Nach der Begrüßung durch den Leiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Dr. Gerhard Hetzer, stellte Gerhard Fürmetz M.A., Leiter der Abteilung II, das Bayerische Hauptstaatsarchiv mit seinen Aufgaben und Beständen vor. Als Aussonderungsreferentin des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erläuterte Dr. Ulrike Hofmann im Anschluss kurz die rechtlichen Grundla-

gen sowie Zweck und Nutzen der Aussonderung für das Archiv und die Abgabebehörden.

Ein erster inhaltlicher Schwerpunkt widmete sich den elektronischen Anwendungen in der Verwaltung und der Aussonderung digitaler Unterlagen. Dr. Bernhard Grau, in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zuständig für Grundsatzfragen der Aktenaussonderung und der Übernahme digitaler Unterlagen sowie Leiter des ARK-Ausschusses „Records Management“, bot einen fundierten Überblick über die verschiedenen Formen der IT-Anwendungen: von Fachverfahren über E-Mails, Textverarbeitung und Internetpräsentation bis hin zur E-Akte bzw. elektronischen Vorgangsbearbeitungssystemen. Er zeichnete den Weg von der analogen zur digitalen Vorgangsbearbeitung nach und zeigte die unterschiedlichen Erscheinungsformen digitaler Unterlagen im Behördenalltag und die Auswirkungen auf die Schriftgutverwaltung auf. Dabei setzte er sich ausführlich mit den Komplexen elektronischer Aktenführung und elektronischer Vorgangsbearbeitung auseinander und ging auf die Folgen für die Schriftgutverwaltung ein. Daneben informierte er über die Herausforderung der Langzeitspeicherung digitaler Unterlagen in den Behördenregistraturen und über die Aussonderung der verschiedenen Formen digitaler Daten. Dr. Grau arbeitete die unterschiedlichen Anforderungen an eine Aussonderung von digitalen und von Papierunterlagen heraus. Zum Abschluss sprach er noch kurz an, welche Daten das digitale Archiv der bayerischen Archivverwaltung bereits verwahrt.

Es folgte ein Praxisbericht über die Aussonderung von Papierakten. Der kommissarische Leiter der Registratur des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Michael Geiger, zeigte die Vorgehensweise einer Registratur bei der Aussonderung konventioneller Unterlagen auf. Anhand von anschaulichen Beispielen beschrieb er die Erstellung von Gruppenübersicht, Aussonderungs- und Abgabeverzeichnis.

Im dritten Themenkomplex tauschten sich die Aussonderungsreferenten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Dr. Markus Schmalzl und Dr. Ulrike Hofmann mit den Anwesenden über Optimierungsmöglichkeiten im Aussonderungsalltag aus. Zunächst wurden die gemeinsamen Zielsetzungen der Abgabebehörden und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bei der Aussonderung festgehalten. Die beiden Aussonderungsreferenten formulierten wünschenswerte Maßnahmen, mit denen die Abgabebehörden zur Beschleunigung und Professionalisierung des Aussonderungsprozesses beitragen können. Außerdem wiesen sie nochmals auf die Vorteile einer regelmäßigen und

kontinuierlichen Aussonderung für die Abgabebehörden hin: Einsparung von Raum und Speicherplatz, Arbeitsentlastung für die Registratur und nicht zuletzt die dauerhafte Erhaltung von Behördenunterlagen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

Zum Abschluss fasste Archivoberrat Fürmetz die Erkenntnisse, die sich aus den Vorträgen und den regen Diskussionsbeiträgen ergeben hatten, prägnant zusammen. Er lud die Teilnehmer ein, sich bei einer Führung durch die Magazinräume und den Lesesaal ein Bild über die Aufbewahrung und Benutzung ihrer Unterlagen zu machen.

Ulrike Claudia Hofmann

Langzeitsicherung digitaler Unterlagen brennt Oberpfälzer Landratsämtern auf den Nägeln – Informationsveranstaltung des Staatsarchivs Amberg in Neustadt a.d. Waldnaab

Die Anwendung von elektronischen Dokumentenmanagement- bzw. Vorgangsbearbeitungssystemen (DMS/VBS) ist bei den sieben Oberpfälzer Landratsämtern unterschiedlich weit vorangeschritten. Während etwa im Landratsamt Neustadt a.d. Waldnaab mittlerweile alle Organisationseinheiten mit einem DMS arbeiten und seit 2014 auch Personalakten in elektronischer Form geführt werden, befindet sich das Landratsamt Neumarkt i.d. OPf. noch in der Test- und Planungsphase; langjährige praktische Erfahrungen mit elektronischen Unterlagen können überdies die Landratsämter Cham und Schwandorf aufweisen. Als DMS/VBS-Produkt kommt in der Mehrzahl komX-work der Firma LivingData GmbH zum Einsatz, das Landratsamt Schwandorf verwendet DMS-Software von Optimal Systems.

Nachdem in der Anfangsphase der DMS/VBS-Anwendung die Durchführung von Aussonderungsverfahren noch als weit entfernt und damit vorerst als nachrangig betrachtet wurde, rücken mit Ablauf der Aufbewahrungsfristen Fragen, die es hinsichtlich der Aussonderung und Anbietung elektronischer Unterlagen sowie deren Übernahme durch die staatlichen Archive zu klären gilt, immer dringlicher in das Blickfeld. Die Anbietepflicht beschränkt sich dabei freilich nicht nur auf elektronische Akten und Vorgänge im engeren Sinne, sondern potentiell archivwürdig sind etwa auch E-Mail-Accounts, File-Ablagen, Datenbanken, Geoinformationssysteme und Fachverfahren, wie sie in größerer Anzahl bei den Landratsämtern zum Einsatz kommen.

Um in der Sorge um die Sicherung der Daten für künftige amtliche, rechtliche oder Forschungszwecke sich über gemeinsame Lösungswege verständigen zu

können, lud das Staatsarchiv Amberg Vertreter der sieben Oberpfälzer Landratsämter (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Organisation, IT und Registratur) zu einer Informationsveranstaltung mit dem Titel „DMS/VBS in Landratsämtern – Aussonderung und Archivierung digitaler Unterlagen“ ein, die am 9. Oktober 2014 im Sitzungssaal des Landratsamts Neustadt a.d. Waldnaab stattfand. Nach der Begrüßung durch Landrat Andreas Meier als Gastgeber und einer Einführung durch die Leiterin des Staatsarchivs Dr. Maria Rita Sagstetter legte LtD. Archivdirektor Dr. Bernhard Grau von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns die Anforderungen dar, die aus archivischer Sicht an die Aussonderung und Anbieterung elektronischer Unterlagen der Landratsämter zu stellen sind. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten zunächst Grundfragen der Langzeitspeicherung im vorarchivischen Bereich. Dabei kam im Gespräch mit den Teilnehmern zum Ausdruck, wie rasch in der Praxis durch häufige Versions- oder Systemwechsel – gerade bei Unterlagen mit längeren Aufbewahrungsfristen wirken sich diese umso empfindlicher aus – mit Problemen in Formatierung und Darstellung oder gar mit Datenverlust zu rechnen ist. Um die Lesbarkeit und Integrität der elektronischen Unterlagen bis zu ihrer Entbehrlichkeit und Übergabe an das Archiv zu sichern, sind geeignete technische und organisatorische Vorkehrungen wie die rechtzeitige Migration der Daten sowie die Meidung proprietärer Anwendungen und veralteter Datenformate unerlässlich. Des Weiteren skizzierte Dr. Grau den vierstufigen Ablauf eines geregelten Aussonderungsverfahrens (von der Anbieterung durch die Behörde über die Bewertung und die Übergabe in das Archiv bis zur Löschung der Originaldaten nach Freigabe durch das Archiv). Als dessen wesentliche Voraussetzungen nannte er insbesondere die Ordnung der Akten, Vorgänge und Dokumente nach dem Aktenplan, die Hinterlegung von Aufbewahrungsfristen, die Möglichkeit, Akten und Vorgänge durch „erledigt“ bzw. „z.A.“-Verfügung formal abzuschließen, sowie die automatisierte Erstellung von Aussonderungs- und Abgabeverzeichnissen. Der Export hat in strukturierter Form, in geeigneten Formaten und auf sicheren Wegen zu erfolgen.

Klaus Egelseer vom Kreisjugendamt Neustadt berichtete anschließend über praktische Erfahrungen mit der Anwendung von komXwork, das in dem von ihm geleiteten Sachgebiet seit 2007 schrittweise eingeführt wurde, sowie über dessen Verknüpfung mit dem Jugendhilfefachverfahren OK.JUG. Marco Reinelt, der bei LivingData für die Entwicklung und den Support von komXwork verantwortlich ist, stellte

eine individuelle Aussonderungslösung vor, die seine Firma für das Landratsamt Regensburg erarbeitet hatte. Zur Veranschaulichung demonstrierte er, wie bei einer automatisierten Suche nach aussonderungreifen Akten und Vorgängen neben Dokumenten im PDF/A-Format auch eine XML-Datei mit Metadaten, u.a. Informationen zur Verknüpfung der Dokumente mit Akten und Vorgängen, generiert wird. Reinelt kündigte an, dass für die neue Version 3 von komXwork eine Aussonderungslösung standardmäßig vorgesehen sei, aber auch bereits für die aktuelle Version 2 kundenspezifisch umgesetzt werden könne.

Um eine allgemeine Aussonderungsschnittstelle zwischen Landratsämtern und Staatsarchiv zu definieren, sind vorab die Form des Datentransfers (Formate und Struktur der Abgabeportion) sowie der Übertragungsweg festzulegen. Ein entsprechendes Konzept soll, wie abschließend vereinbart wurde, am Beispiel eines konkreten Aussonderungsvorhabens eines Oberpfälzer Landratsamtes entwickelt werden.

Maria Rita Sagstetter

Fortbildungsoffensive für oberfränkische Registratorinnen und Registratoren

Mit drei fachspezifischen Schulungen setzten die oberfränkischen Archive Bamberg und Coburg 2014 einen deutlichen Schwerpunkt auf die Fortbildung der Registratoren bedeutender Schriftgutproduzenten: Am 6. Mai fand erstmals eine Schulung für die Finanzämter des Regierungsbezirks statt, am 3. Juni waren die Registratoren der Landratsämter zu Fortbildung und Austausch eingeladen und am 2. Juli organisierte das Staatsarchiv Bamberg gemeinsam mit dem Staatsarchiv Würzburg ein Treffen für die Justizarchivpflegerinnen und -pfleger im Sprengel des Oberlandesgerichts Bamberg (vgl. S. 18 in diesem Heft).

Zu einem regen Gedankenaustausch trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der oberfränkischen Finanzämter am 6. Mai 2014 in Bamberg. Die von den Staatsarchiven Bamberg und Coburg veranstaltete Fortbildung zum Thema „Aktenaussonderung bei den oberfränkischen Finanzbehörden“, die in diesem Rahmen erstmals durchgeführt wurde, fand regen Anklang bei den zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Einführend stellte Dr. Klaus Rupprecht die rechtlichen Grundlagen der Aussonderung und der Aktenbewertung vor. Darauf aufbauend gab Dr. Hannah Hien den Sachgebietsleiterinnen und -leitern und ihren Registratorinnen und Registratoren praktische Tipps zur amtsinternen Durchführung einer Aussonderungsaktion, damit sowohl in den Archiven

die Übernahmen möglichst effektiv erfolgen können als auch die Finanzämter ihre Organisationsabläufe zukünftig darauf abstimmen können. Alle erhielten eine Checkliste zur Aussonderung sowie ein digitales Musteraussonderungsverzeichnis. Den aktuellen Sachstand und die Problematik bei der Archivierung elektronischer Steuerakten schilderte zu Beginn des Nachmittagsprogramms Dr. Bernhard Grau von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Als Beispiel sei hier auf die seit 2001 nur noch digital aufbewahrten Steuerbescheide verwiesen, was dazu

Staatsarchiv Bamberg. Allerdings sind sehr große Teile der Bamberger Finanzüberlieferung vorläufig ins Staatsarchiv Coburg ausgelagert.

Die Fortbildung für die Registratoren der oberfränkischen Landratsämter konnte an eine ähnliche Veranstaltung im Jahr 2009 anknüpfen. Da die Landratsämter außerdem zu den größten Provenienzstellen im Staatsarchiv gehören und regelmäßige Aussonderungen durchgeführt werden, war das generelle Vorgehen den meisten Teilnehmern bereits gut bekannt. Personelle Wechsel sowohl in den Registraturen als



Dr. Klaus Rupprecht (3. v. links), Dr. Hannah Hien (4. v. links) und Johannes Haslauer M.A. (ganz rechts) mit den Registratoren der oberfränkischen Landratsämter (Foto: Staatsarchiv Bamberg).

führen könnte, dass papierene Steuerakten ohne Steuerbescheid übernommen werden, falls die Archive nicht zuvor die Abgabebehörde entsprechend sensibilisiert haben. Schließlich stellten Dr. Klaus Rupprecht und Johannes Haslauer M.A. vom Staatsarchiv Coburg die Breite und Menge der Überlieferung bayrischer Finanzbehörden in den beiden Staatsarchiven vor. Damit sollten nicht nur ein Sachstand und ein Überblick über die vorhandenen Bestände gegeben werden, sondern auch das Bewusstsein der Wichtigkeit einer kontinuierlichen Überlieferungsbildung gestärkt werden. Um dieses Bewusstsein sowohl optisch wie auch haptisch zu stärken, führte Claudia Kropf die Gäste abschließend durch das Magazin des

auch in den Staatsarchiven sowie das Bedürfnis nach regelmäßigem Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Landratsämtern hatten jedoch den Wunsch nach einem erneuten Treffen geweckt. Zudem machten einige Neuerungen in unterschiedlichen Bereichen eine intensive Schulung der mit Aussonderung betrauten Landratsamtsmitarbeiter erforderlich.

Die gut besuchte Veranstaltung begann mit Berichten über die organisatorischen, räumlichen und personellen Voraussetzungen in den einzelnen Registraturen sowie über den Einsatz digitaler Fachanwendungen und Dokumentenmanagementsysteme. Die Registratoren sprachen über ihre Probleme und Vorhaben. Daraus entspann sich eine lebhafte Dis-

kussion, die deutlich machte, dass die Registratoren der einzelnen Landratsämter im Alltag oft vor ähnlichen Herausforderungen stehen, ihnen jedoch meist eine Möglichkeit des kollegialen Austauschs fehlt. In einem kurzen Vortrag präsentierte Dr. Hannah Hien daraufhin die rechtlichen Grundlagen der Aussonderung und ging auf praktische Schwierigkeiten bei der Durchführung ein. In diesem Zusammenhang stellte sie auch die überarbeitete Liste der nicht anbietungspflichtigen Unterlagen sowie der im Staatsarchiv Bamberg verwahrten Musterregistraturen vor.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen an der Regnitz widmete sich Johannes Haslauer dann dem Thema Aussonderung und Archivierung digitaler Unterlagen, das in den nächsten Jahren auch die Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiven und Landratsämtern in zunehmendem Maße bestimmen wird. Anschließend erläuterte Dr. Hannah Hien die neuen Richtlinien zur Anbietung von Baugenehmigungsunterlagen. Entsprechend einer Vereinbarung mit der Obersten Baubehörde gelten in Zukunft nur noch solche Bauvorhaben als archivwürdig, die auch nach aktuellem Baurecht noch genehmigungspflichtig wären. Nach der Schlussdiskussion führte Dr. Stefan Nöth die Teilnehmer durch die Magazine des Staatsarchivs und präsentierte ihnen dort die umfangreiche Landratsamtsüberlieferung, Ergebnis der seit Jahren guten Aussonderungskontakte zwischen dem Staatsarchiv Bamberg und den oberfränkischen Landratsämtern.

Hannah Hien und Klaus Rupprecht

Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Justiz

Nach der letzten Fortbildungsreihe im Jahr 2011 konnte die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns auch 2014 wieder Fortbildungen für die gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Archivpflegerinnen und Archivpfleger in Zusammenarbeit mit den Oberlandesgerichten München, Nürnberg und Bamberg und den jeweiligen Staatsarchiven anbieten. Im Zeitraum zwischen Ende März und Anfang Juli 2014 wurden insgesamt 112 gerichtliche und staatsanwaltschaftliche Archivpflegerinnen und Archivpfleger geschult, deren Hauptaufgabe es ist, die Geschäftsstellen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden zu beraten und die ordnungsgemäße Abwicklung der Aussonderung sicherzustellen.

Den ersten Tagesordnungspunkt bildete die zum 1. Juli 2013 in Kraft getretene Änderung der Aussonderungsbekanntmachung Justiz, die in ihrer ersten

Fassung aus dem Jahr 1994 stammt und die Aktenaussonderung bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden regelt. Aktualisiert werden mussten die Bezüge zu der seit 2010 geltenden „Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden (AufbewV)“ und der seit 2012 geltenden „Bestimmung über die Aufbewahrungsfristen für das Schriftgut in Justizverwaltungssachen (Aufbew-BestJV)“. Beide Vorschriften sind Grundlage für die Aktenbehandlung vor der Aussonderung, insbesondere für die Dauer der Aufbewahrung. Außerdem erfolgte eine Angleichung der Aussonderungsbekanntmachung an die große Organisationsänderung bei den Amtsgerichten, die bereits zum 1. September 2009 in Kraft getreten war, nämlich die Abschaffung des Vormundschaftsgerichts und die Übertragung dieser Aufgaben auf das Familiengericht, was die Änderung zahlreicher Registerzeichen bedingte. Ein weiterer Punkt betrifft die in der Justiz auf Grund der teilweise sehr langen Aufbewahrungsfristen notwendigen Teilaussonderungen, d.h. das Ausdünnen von Akten, um Platz in der Altregistratur zu schaffen. Diese Teilaussonderungen haben unter Umständen zur Folge, dass auch Unterlagen, deren Archivwürdigkeit von vornherein feststeht, ausgedünnt werden und damit letztlich unvollständige Unterlagen in das jeweils zuständige Staatsarchiv gelangen: Die Neufassung von Nr. 5.3 der Aussonderungsbekanntmachung Justiz soll hier Missverständnisse ausräumen und deutlich machen, dass die Staatsarchive vollständige Akten übernehmen wollen. Mindestens ebenso wichtig ist die neu in die Bekanntmachung aufgenommene Nr. 6.4: „Dem Archiv ist die Aussonderung vorab unter Angabe der Registerzeichen, der allgemeinen Bezeichnung der auszusondernden Unterlagen und der Jahrgänge anzuzeigen“. Diese Bestimmung stellt die Formalitäten der üblichen Aussonderungsroutine mit den Staatsarchiven sicher, was nach dem Wegfall der offiziellen Bekanntmachung der Aussonderung durch Aushang bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (Nr. 8) notwendig wurde. Im Nachgang zu den Fortbildungsveranstaltungen hat die Generaldirektion auf vielfachen Wunsch der Archivpflegerinnen und Archivpfleger Muster-Aussonderungsanzeigen in zwei Dateiformaten erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt galt, wie auch schon 2011, dem neuesten Stand des Einsatzes von forumSTAR bei der Justiz und den für die Aktenaussonderung wichtigen Funktionalitäten dieser Fachanwendung. Als Fachmann konnte dazu als Referent wieder Justizfachwirt Tilman Janzarik von der

Gemeinsamen IT-Stelle der Bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht München, Außenstelle Traunstein gewonnen werden. Da forumSTAR inzwischen für Zivilsachen, Familiensachen, Betreuungssachen, Strafsachen, Immobiliervollstreckung, Mobilienvollstreckung, Insolvenzsachen und Nachlasssachen an Amtsgerichten, Landgerichten und Oberlandesgerichten im Einsatz ist, gibt es in der bayerischen Justiz derzeit bereits 7500 Nutzer; am Ende der Einführungsphase im November 2015 sollen es 8200 sein. Die Justiz begleitet die Einführung konsequent mit umfangreichen Schulungsmaßnahmen für die Anwender. Den Schwerpunkt seines Vortrags legte Herr Janzarik auf die Bereiche von forumSTAR, die die Arbeit des Justizarchivpflegers unterstützen und die mit der Rolle *JArchPfl* und der Berechtigung „Ausdünnung/Archivierung/Vernichtung-vornehmen“ ausgeführt werden können:

- Erstellen von Übersichten der auszusondernden Verfahren für die praktische Aussonderungsarbeit und für die Kontrolle der ordnungsgemäßen Aktenbehandlung,

- Weglegungsvermerk, um nach Ablauf einer bestimmten Frist die Rumpfdatenbildung anzustoßen,
- Archivvermerk zur ordentlichen Erstellung der Aussonderungsverzeichnisse,
- Vermerk der Abgabe der Akten bzw. der Ablehnung der Übernahme durch das Archiv, damit der Verbleib der Akten ersichtlich ist,
- Vernichtungsvermerk zur Verfahrensdatenlöschung beim Löschauf.

Damit praktische Fragen der Aussonderung nicht zu kurz kommen und den Archivpflegerinnen und Archivpflegern die Gelegenheit gegeben ist, sich mit den jeweiligen Aussonderungsreferentinnen und -referenten der Staatsarchive auszutauschen, war die „Diskussion über aktuelle Fragen und Probleme der Aktenaussonderung“ ein fester Bestandteil der Tagesordnung zum Abschluss der Veranstaltungen und ein gern genutztes Forum für den Meinungsaustausch.

Susanne Wolf

Bestände

EAD(DDB) – ein neues Metadatenprofil für die Staatlichen Archive Bayerns

Seit 2010 setzen die Staatlichen Archive Bayerns im Rahmen der Retrokonversion analog vorliegender archivischer Findmittel sowie für ihren Internetauftritt auf das XML-basierte Metadatenaustauschformat EAD (Encoded Archival Description). Wie andere große Archivverwaltungen in der Bundesrepublik nutzten die Staatlichen Archive Bayerns EAD bisher in Gestalt eines eigens entwickelten Subsets (EAD-BayArchivV), das nur einen Teil des für die Retrokonvertierung zugelassenen „Marburger EAD“ und einen kleinen Ausschnitt aus dem umfassenden amerikanischen EAD-Standard von 2002 bildete.

Die Festlegung eines neuen archivischen Metadatenlieferformates für die Deutsche Digitale Bibliothek und das Archivportal D einerseits sowie der Bedarf für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der in der Online-Findmitteldatenbank der Staatlichen Archive Bayerns angebotenen Erschließungsinformationen machten einen Umstieg auf das neue EAD-Profil „EAD(DDB)“ erforderlich, das seit August 2013 in der Version 1.1 vorliegt.

Die Umstellung führt dazu, dass die Anzahl der Metadatenfelder, die künftig der Öffentlichkeit über die Online-Findmitteldatenbank der Staatlichen Archive Bayerns sowie die Portale Dritter zur Verfügung gestellt werden können, vervierfacht und damit eine neue Qualität in der Bereitstellung archivischer Erschließungsdaten erreicht wird. Zugleich befähigt das neue EAD-Profil „EAD(DDB)“ die Staatlichen Archive Bayerns dazu, erstmals ihre Findmittelinformationen im Rahmen der Tektonik der einzelnen Archive zu präsentieren und damit dem Archivbenutzer neue Recherche- und Erkenntniswege zu eröffnen.

Mit der Umstellung auf „EAD(DDB)“ einher ging eine Verbesserung der technischen Import- und Exportmöglichkeiten aus dem Archivinformationssystem FAUST 6. Diese beschleunigen und erleichtern die Datenbereitstellung erheblich, erhöhen aber zugleich die Anforderungen an die Datenqualität. Die erforderliche Schulung der zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der einzelnen Archive konnte bereits Ende Februar 2014 realisiert werden.

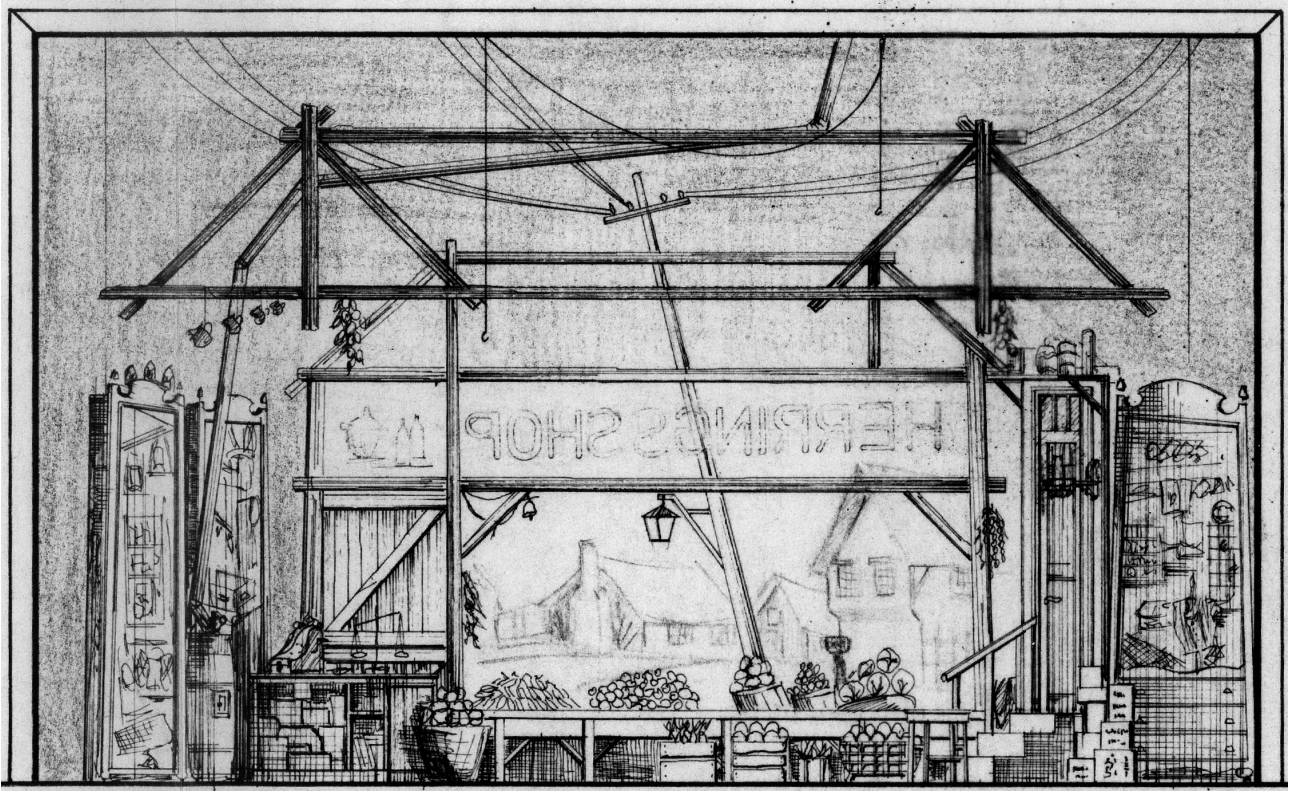
Michael Puchta

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Schon im August 1945 gab es in München wieder ein Musikleben – Überlieferung der Intendanz der Bayerischen Staatsoper weiter erschlossen

Georg Hartmann stand vor einem Trümmerhaufen, als er nach der deutschen Kapitulation von den Alliierten als neuer Intendant der Bayerischen Staatsoper eingesetzt wurde. Am 3. Oktober 1943 war das Nationaltheater in München dem Bombenhagel zum Opfer gefallen und als Folge des Brandes auch ein großer

oper (Bd. 4, 5 und 6) liegen Folgebände vor, die direkt an die Amtszeit von Clemens Krauss (Bd. 3) anknüpfen. Hier wurden zwei Abgaben der Staatsoper (von Juli 2002 und Juli 2013) zusammengeführt und von Elke Max und Edith Plöthner-Scheibner M.A. verzeichnet. Darunter befinden sich Akten, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts angelegt wurden und bis in das 20. Jahrhundert reichen, der Schwerpunkt liegt aber auf der Zeit nach 1945 bis in die 1980er Jahre, vereinzelt reichen Akten bereits in die 1990er Jahre. Der Bestandszuwachs umfasst mit Sachakten,



Bühnenbildskizze zur Oper „Albert Herring“ von Benjamin Britten (Musik) und Eric Crozier (Libretto),
einem Gastspielauftritt der Bayerischen Staatsoper in Bayreuth im Mai 1975
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Intendanz der Bayerischen Staatsoper vorl. Nr. 2120).

Teil der Bühnenbilder und Dekorationen. Zudem wurde jetzt das gesamte künstlerische und technische Personal der sogenannten Entnazifizierung unterzogen und stand nicht sofort für den Dienstbetrieb zur Verfügung. Die Archivalien der Intendanz der Bayerischen Staatsoper dokumentieren die vielfältigen Verluste durch den Krieg. Sie belegen aber auch die Wiederbelebung der Oper in München, wo bereits am 17. August 1945 im Prinzregententheater ein Konzert des Staatsorchesters unter Leitung des Generalmusikdirektors Hans Knappertsbusch stattfand. Ebenso dokumentieren die Archivalien den Wiederaufbau des Nationaltheaters unter den Staatsintendanten Georg und (seit 1952) Rudolf Hartmann.

Mit neuen Findbüchern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zur Intendanz der Bayerischen Staats-

Künstlerpersonalakten, technischen Produktionsmappen und Vorstellungsbüchern rund 1400 Archivalien. Darunter befinden sich die Verwaltungsakten aus der Zeit des Wirkens der Intendanten Georg und Rudolf Hartmann sowie des Generalmusikdirektors Georg Solti, daneben die Unterlagen des künstlerischen Betriebs. Überliefert sind aus dieser Zeit auch Presseauschnitte zu Inszenierungen und zu einzelnen Komponisten. Des Weiteren sind zahlreiche Gastauftritte im In- und Ausland sowie im eigenen Haus dokumentiert. Besonders hervorzuheben ist dabei das Gastspiel der Bayerischen Staatsoper in der Volksrepublik China im Jahre 1984.

Edith Plöthner-Scheibner

Vom Gendarmeriepersonalakt zum Lehrfilm der Bereitschaftspolizei – Überlieferung in den Staatlichen Archiven Bayerns durch Übernahme von Unterlagen aus dem Bayerischen Polizeimuseum Ingolstadt ergänzt

Als ab den 1980er Jahren eine „Polizeigeschichtliche Sammlung“ beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei aufgebaut wurde, entstand dort nach und nach auch ein kleines Spartenarchiv mit polizeibehördlichem Schriftgut. Dieser Bestand ging ab 2002 an das neu gegründete Bayerische Polizeimuseum in Ingolstadt über, das seinerseits eng mit dem dortigen Bayerischen Armeemuseum verknüpft ist. Zusammengetragen wurden die polizeilichen Archivalien teils nach dem Zufallsprinzip, teils durch gezieltes Heraussuchen interessant wirkender Akten und Fotobestände aus den Registraturen, teils durch unmittelbare Anlieferung von Materialien, die einzelnen Beamten oder Dienststellen als sammlungswürdig erschienen. Dass dabei neben wertvollen Unterlagen auch bisweilen belangloses Material in die Sammlung gelangt ist, überrascht nicht. Erfasst wurden die offiziell in die „Bibliothek“ des Bayerischen Polizeimuseums eingereihten Unterlagen nur oberflächlich in Zugangs- bzw. Inventarbüchern.

Dieser Umstand wurde erstmals bei den vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv unterstützten Vorbereitungen zur Ausstellung „60 Jahre Polizei in Bayern“ augenscheinlich, die 2006 in Ingolstadt gezeigt wurde und teilweise in die neue Dauerausstellung des Bayerischen Polizeimuseums eingeflossen ist. Ab Ende 2009 konnten die Bestände des Polizeimuseums nach und nach von Archivaren des Bayerischen Hauptstaatsarchivs gesichtet werden, mit dem Ziel, Schrift- und Bildgut von originär polizeilicher Herkunft zu identifizieren und den jeweils zuständigen staatlichen Archiven zu überstellen. Seit 2010 konnte mit tatkräftiger Unterstützung eines Mitarbeiters des Polizeimuseums das einschlägige Registraturgut einschließlich Foto- und Filmmaterialien systematisch aus dem musealen Sammlungsbestand herausgelöst und zur Abgabe an die staatlichen Archive vorbereitet werden. Im Polizeimuseum verblieben sind dagegen sämtliche Unterlagen aus Privatbesitz von Polizeibeamten (z.B. persönliche Aufzeichnungen, Schulungsunterlagen, Fotoalben) und die zum Teil ebenfalls aus den Dienststellen stammenden Amtspublikationen, etwa Polizeizeitschriften, Fahndungs- oder Gesetzblätter, die größtenteils bereits in den Archiven vorhanden sind.

Insgesamt konnten 106 grob vorgeordnete Umzugskartons und sonstige Kisten übernommen werden. Sie wurden zunächst in das Bayerische Hauptstaats-

archiv geholt. Der Inhalt wurde dort Stück für Stück in einer Abgabeliste erfasst, in geeignete Behältnisse umverpackt und provisorisch durchnummeriert, unter Verwendung der bereits bei der Aussonderung in Ingolstadt von den Archivaren erstellten Übersichten. Dabei wurden nicht nur einfache Betreffe, Laufzeiten und Aktenzeichen notiert, sondern auch die Provenienzen festgehalten. Nicht alle Unterlagen sind archivwürdig: Ein kleiner Teil der Akten wurde sofort kassiert, einige weitere werden bei der anstehenden Neuverzeichnung folgen. Von den insgesamt 2.215 erfassten Archivalien – darunter auch mehr als 500 Filmrollen, Videokassetten und Tonbänder, zahlreiche Ordner mit Fotoabzügen und Negativen sowie einige Karten und Pläne – bleibt etwa ein Drittel im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, der Rest wurde den acht Staatsarchiven übergeben, vor allem in Nürnberg, Amberg und München. Hinzu kamen umfangreiche Fotobestände aus dem Bereich der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberfranken (darunter rund 4.000 Glasplatten- und Filmnegative, viele davon mit Tatortaufnahmen) sowie 32 Akten des Bezirks- bzw. Landratsamts Stadtsteinach, die bereits Ende 2013 an das Staatsarchiv Bamberg weitergereicht wurden.

Was birgt der frisch archivierte Polizeibestand aus Ingolstadt nun sonst noch im Einzelnen? Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wird künftig vor allem die Überlieferung der Präsidien von Bereitschafts- und Grenzpolizei seit den 1950er Jahren ergänzt werden. Zu erwähnen ist speziell das „Fotoarchiv“ des Grenzpolizeipräsidiums, bestehend aus thematisch geordneten und zumindest teilweise beschrifteten Ordnern mit mehreren tausend Abzügen und Negativen. Auch zahlreiche Einsatz- und Lehrfilme der Bereitschafts- und Grenzpolizei wurden registriert. Aus dem Landeskriminalamt sind hauptsächlich Unterlagen der Arbeitsgruppe „Informationssystem der Bayerischen Polizei (IBP)“ gekommen. Die Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Hauptstaatsarchivs erhält Unterlagen der Landesgruppe Bayern der International Police Association (IPA). An das Staatsarchiv Nürnberg wurden vor allem Personalakten der Gendarmerie, Schriftgut des Polizeipräsidiums Mittelfranken bzw. dessen Vorgängerbehörden sowie zahlreiche Anzeigen-, Wach- und Geschäftstagebücher einzelner Polizeidienststellen abgegeben, insbesondere aus dem Raum Ansbach. Auch beim Staatsarchiv Amberg dominieren Personalakten der Gendarmerie und Landpolizei aus den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz – ergänzt durch die vollständigen, bis in das frühe 19. Jahrhundert zurückreichenden Personalgrundbücher – sowie Anzeigen- und Tagebücher von Land- und Grenzpolizeidienststellen,

außerdem Akten, Fotos und Pläne einzelner Grenzpolizeiinspektionen. Das Staatsarchiv München hat vorwiegend Schriftgut, Film- und Tonbandmaterial des Polizeipräsidiums Oberbayern samt Vorgängerbehörden sowie Unterlagen der Grenzpolizeiinspektion Freilassing und des Gendarmerie- bzw. Landpolizeiostens Kiefersfelden erhalten. Material nachgeordneter Dienststellen der Grenzpolizei herrscht auch bei der Abgabe an das Staatsarchiv Landshut vor. Für die Staatsarchive Augsburg, Coburg und Würzburg fielen jeweils nur wenige Unterlagen nachgeordneter Behörden an.

In den staatlichen Archiven kann das aus dem Bayerischen Polizeimuseum Ingolstadt übernommene Archivgut nun provenienziengemäß erschlossen und für die Forschung zugänglich gemacht werden. Bei den Fotomaterialien sind auch konservatorische Maßnahmen notwendig. Mit den auf Umwegen in die zuständigen Archive gelangten Unterlagen lassen sich Überlieferungslücken im Bereich der Polizeibehörden teilweise schließen.

Gerhard Fürmetz

Bayern und die DDR im letzten Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung – Hilfesuche von DDR-Bürgern und deren westdeutschen Verwandten an die Bayerische Staatskanzlei jetzt einzeln erschlossen

Jahrzehntelang stand das Verhältnis zwischen Bayern und der DDR im Zeichen der Konfrontation des Kalten Krieges. So war es eine große Überraschung, als Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Sommer 1983 einen ersten Milliardenkredit an die finanziell geschwächte SED-Regierung auf den Weg brachte. Während viele CSU-Anhänger Strauß den Kurswechsel verübelten und zum Teil sogar die Partei verließen, erfuhr der bayerische Ministerpräsident in der DDR plötzlich Popularität, da als Gegenleistung menschliche Erleichterungen im deutsch-deutschen Verhältnis zu erwarten waren. Spätestens als Strauß alsbald die DDR besuchte, klammerten sich viele ausreisewillige und vom eigenen Regime schikanierte DDR-Bürger an die Hoffnung, Strauß werde ihnen den Weg in die Bundesrepublik ebnen oder wechselseitige Besuche zwischen ost- und westdeutschen Verwandten ermöglichen. Bis zur Wende 1989 liefen mehr als 12.600 Hilfesuche in der Bayerischen Staatskanzlei ein. Dort bearbeitete ein kleines Team die Fälle und gab die meisten Anliegen an das eigentlich für die „besonderen Bemühungen“ um humanitäre Verbesserungen in der DDR zuständige Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen weiter. In regelmäßigen

Verhandlungen mit der Ostseite wurden dann in zahlreichen Einzelfällen individuelle Lösungen zur Familienzusammenführung im Westen und zur Entlassung bzw. zum Freikauf von DDR-Häftlingen gefunden. Diese zumeist im Stillen verlaufene Praxis gab es bereits seit 1962. Sie nahm in den 1980er Jahren im Zuge neuer Ausreisewellen aber erheblich an Bedeutung zu.

Von all dem zeugen insgesamt 267 Sammelakten mit mehr als 18 laufenden Metern Umfang, die 2006 von der Staatskanzlei an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben wurden. Zwar bieten die aus jeweils rund 50 Einzelvorgängen bestehenden Sammelakten oft kein volles Bild des weiteren Verlaufs des jeweiligen Hilfeersuchens, da die Entscheidung über den Erfolg an anderer Stelle fiel. Sie enthalten aber überwiegend die originalen Bittschriften der DDR-Bürger oder ihrer Westverwandten, die Korrespondenz mit der Staatskanzlei, gelegentliche Pressemeldungen und viele meist persönlich gehaltene Dankschreiben der Menschen, die ihr Ziel schließlich erreichten.

25 Jahre nach dem Mauerfall sind die Akten nun im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erschlossen und prinzipiell für die Forschung zugänglich, selbstverständlich unter Beachtung der archivgesetzlichen Regelungen. Schon jetzt zeigen sich Interessenten für einen Zugang – neben ersten wissenschaftlichen Annäherungen vor allem journalistische Aufarbeitungsversuche mit Bezug zum Wirken von Strauß, und nicht zuletzt der Wunsch einiger Betroffener, mehr über ihr Ausreiseschicksal zu erfahren. Speziell zum Häftlingsfreikauf aus der DDR sind neue wissenschaftliche Studien entstanden, und die humanitären Bemühungen der Bundesregierung werden derzeit durch eine Sonderedition des Bundesarchivs illustriert.

Die archivische Verzeichnung folgte pragmatischen Grundsätzen. Die ursprüngliche Ordnung der in drei Serien aufgeteilten, jeweils chronologisch aufgebauten Sammelakten wurde beibehalten. Jede Fallgruppe war in der Registratur der Staatskanzlei fortlaufend durchnummeriert und durch eine Excel-Liste mit den Namen und Adressen der Gesuchsteller erschlossen worden. Diese Namensliste konnte in die Archivdatenbank übernommen werden, so dass nach jeder betroffenen Person recherchiert werden kann. Den größten Teil der Akten bilden 219 Bände mit mehr als 10.700 Fällen von Familienzusammenführungen bzw. Umsiedlungen von Verwandten und Bekannten aus der DDR. Exemplarisch genannt sei der Fall der Familie Weiss aus Oederan im Erzgebirge, die im August 1983 in die Bundesrepublik übersiedeln konnte, nachdem Frau Weiss dem bayerischen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch in Dresden wenige Wo-

chen zuvor trotz versuchter Festnahme durch die Stasi einen Zettel mit ihrem Ausreisewunsch übergeben konnte. „Ihre Person, Ihr Einfluß hat dann das SED-Regime gezwungen, mir und meiner Familie die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen“, schrieb Frau Weiss von ihrem neuen Wohnsitz im unterfränkischen Bad Königshofen in ihrem Dankesbrief an Strauß. Weitere 20 Bände mit 1000 Fällen dokumentieren die Unterstützung von wechselseitigen Besuchserlaubnissen, die seitens der DDR zuvor massiv erschwert worden waren. In 28 Bänden schließlich finden sich 920 sogenannte Haftfälle, bei denen es um Hilfe für in der DDR und anderen Ostblockstaaten inhaftierte Personen ging, zumeist politische Dissidenten und „Republikflüchtlinge“. Der zeitliche Schwerpunkt der dokumentierten Fälle liegt auf den Jahren 1983 bis 1989, vereinzelt gehen die Hilfersuchen aber bis 1978/79 zurück. Das gesamte Aktenkonvolut wurde dem Findbuchband „Staatskanzlei 7“ angefügt, in dem bereits Sachakten zu DDR-Angelegenheiten im Zeitraum 1945–1995 (Grenzfragen, politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, innere Angelegenheiten der DDR) erfasst und nachgewiesen sind.

Gerhard Fürmetz

Neues Findmittel für die Unterlagen des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Der Datenschutz ist in Bayern seit 1978 über das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG) gesetzlich geregelt. Um die Einhaltung des BayDSG im öffentlichen Bereich zu kontrollieren, schuf man zeitgleich das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Dessen Geschäftsstelle wurde zunächst von der Bayerischen Staatskanzlei und später vom Landtagsamt geführt. Nunmehr besteht das Amt als unabhängige Behörde. Zusätzlich zu seiner Kontrollfunktion fungiert der Landesbeauftragte auch als erste Anlaufstelle für die Bürger des Freistaates, wenn es um Fragen der Datensicherheit geht.

Zwei Aktenabgaben aus den Jahren 2000 und 2003 mit mehr als 1000 Akten des Landesdatenschutzbeauftragten wurden jetzt erschlossen. Neben Unterlagen zum internen Dienstbetrieb sind vor allem Akten zur Gesetzgebung in Land und Bund, zum Beispiel zum Bayerischen Archivgesetz oder zum Personalausweisungsgesetz, sowie umfangreicher Schriftverkehr zwischen dem Landesbeauftragten einerseits, Bürgern und öffentlichen Stellen andererseits an das Archiv gelangt. Mit 638 Archivalien macht der Komplex „Kontrolle und Beratung“ den Hauptteil des Bestandes aus. Dort finden sich viele Bürgeranfragen

bezüglich Datenweitergabe zwischen einzelnen Verwaltungsbehörden, einschließlich der Reaktionen des Datenschutzbeauftragten.

In der neu verzeichneten Abgabe findet sich Überlieferung zu den regelmäßig stattfindenden Konferenzen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder und die von der Konferenz eingerichteten Arbeitskreise (z.B. Arbeitskreise „Sozialwesen“ oder „AIDS“). Einen vergleichsweise geringen Teil machen die 58 Akten zur 1983 geplanten und – im Gefolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts – auf 1987 verschobenen Volkszählung aus. Planung und Durchführung im Freistaat sowie die Protestbewegung gegen die geplante Zählung lassen sich dennoch gut nachvollziehen.

Der Zeitrahmen der überlieferten Akten erstreckt sich von der Gründung der Behörde im Jahr 1978 bis ins Jahr 1996. Für die Benutzung von Teilen dieser Unterlagen sind Schutzfristverkürzungen notwendig.

Durch eine kürzlich abgeschlossene Archivierungsvereinbarung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz soll die Übernahme von dessen Aktenüberlieferung in das Bayerische Hauptstaatsarchiv künftig erleichtert werden.

Ilona Schwiermann

Nachlass in England bringt nach 97 Jahren Gewissheit über das Schicksal eines vermissten bayerischen Soldaten

Im Gedenkjahr zur 100. Wiederkehr seines Ausbruchs ist der Erste Weltkrieg in allen einst beteiligten Ländern im Fokus der Erinnerungsarbeit. Es fanden und finden überall themenbezogene Tagungen und Vorträge statt, Geschichtsvereine und Gemeinden erforschen die Auswirkungen des Krieges vor Ort und erarbeiten Heimatbücher und Ausstellungen, Rundfunk und Presse berichten mit unzähligen Dokumentationen und Artikelserien über die Vorgänge, Hintergründe und Greuel des Krieges. Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die dem in Deutschland hinter dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verblassten Ersten Weltkrieg jetzt zuteil wird, veranlasst viele Menschen, sich über ihre eigene Familiengeschichte Gedanken zu machen. Nicht selten versucht man sich nun wieder an die Erzählungen der Älteren vor Jahren und Jahrzehnten zu erinnern, von denen oft nur noch Bruchstücke im Gedächtnis geblieben sind. Man stöbert nach Dokumenten aus der Kriegszeit, die man vor Jahren einmal in Händen gehalten hat und die seitdem in einer schon lange nicht mehr beachteten Schublade auf dem Dachboden schlummern.



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kriegsbriefe 364 (Foto: Johannes Moosdiele-Hitzler, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

So ging es auch einer älteren Dame in England, die im Nachlass ihres Vaters die alte Brieftasche eines deutschen Soldaten mit Feldpostbriefen, einer Geburtstagskarte und Fotografien fand. Aus den Erzählungen ihres Vaters wusste sie noch, wie er in den Besitz der Tasche gekommen war: Ihr Vater hatte sie einem jungen Soldaten abgenommen, der in Frankreich tot im Niemandsland lag und von dem er sich sicher war, dass seine Leiche nicht mehr geborgen werden würde. Zeit seines Lebens hatte der englische Soldat vor, die Brieftasche der Familie des Gefallenen anonym zurückzusenden, doch vermutlich wusste er nicht, wie er die Angehörigen ermitteln konnte.

Erst seine Tochter machte sich nun nach fast hundert Jahren daran, sein Vorhaben in die Tat umzusetzen, und wandte sich mit dieser Geschichte an die Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Anhand der Angaben auf zwei Feldpostbriefen ließen sich Name und Truppenzugehörigkeit des gefallenen Soldaten feststellen: Jakob Braun, 25. bayerisches Infanterieregiment, I. Bataillon, 1. Kompanie. Des Weiteren war ersichtlich, dass die Absenderin des einen Briefes aus Kösching (heute Lkr. Eichstätt), der Absender des anderen aus Saulgau (Württemberg)

stammte. Mit diesen Informationen konnte der Soldat in den Kriegsstammrollen gezielt gesucht und zweifelsfrei identifiziert werden. Der Dienstknecht Jakob Braun wurde als Sohn der Gütlerscheleute Georg und Franziska Braun am 7. Juli 1893 in Kösching geboren und verbrachte 1915 nach einer Verwundung an der Schulter durch einen Granatsplitter einige Zeit im Vereinslazarett Saulgau. Seit dem 9. April 1917 galt er als in der Frühjahrsschlacht bei Arras vermisst. Am 23. Januar 1919 wurde er durch Ausschlussurteil des zuständigen Amtsgerichts Ingolstadt offiziell für tot erklärt.

Erst die Nachricht aus England 97 Jahre nach dem Tod brachte nun endgültig Gewissheit über das Schicksal des damals 23jährigen Jakob Braun. Sein Nachlass, der fortan im Kriegsarchiv verwahrt wird, ist ein Paradebeispiel dafür, dass sich der Wert eines Archivals nicht immer an der Bedeutung seines Inhalts oder schon gar nicht materiell bemessen lässt. Vielmehr ist er als Symbol der Menschlichkeit zwischen Feinden und durch die außergewöhnliche Geschichte, die mit ihm verbunden ist, ein Wert an sich.

Johannes Moosdiele-Hitzler

Auch **Verbandsschriftgut des Adalbert-Stifter-Zentrums** wurde übernommen. Es handelt sich hierbei um Unterlagen des 1991 gegründeten Begegnungszentrums in Oberplan im Böhmerwald. Dieses hat sich zur Aufgabe gesetzt, „einer breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland die deutschen Kulturtraditionen im östlichen Europa durch Veranstaltungen und Publikationen zu vermitteln und die Präsenz dieser Thematik im kulturellen Gedächtnis zu fördern. Es sollte ein Forum des Austausches über sämtliche in Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) definierten Institutionen, Gebiete und zum gesamten Aufgabenspektrum bieten.“ Ebenso vielfältig wie die Aufgabenstellung ist auch das Verbandsschriftgut, in dem zahlreiche Veranstaltungen mit internationalem Publikum dokumentiert sind – ein interessanter Quellenbestand für die grenzübergreifende Zusammenarbeit nach der samtenen Revolution von 1989/90.

Darüber hinaus wurde die Übernahme von Schriftgut aus Heimatkreisen fortgeführt: so geschehen mit dem Verbandsschriftgut und der Heimatortskartei des **Heimatkreises Reichenberg** sowie den Unterlagen der **Heimatstube Buchau** in Pappenheim. Unter letzteren befindet sich wiederum Quellenmaterial aus der Zeit vor 1946, wie etwa eine Chronik des Militärverbandes von 1888.

Ingrid Sauer

Neu verzeichnete Nachlässe aus der Zwischenkriegszeit im Sudetendeutschen Archiv. Politische Konzeptionen sudetendeutscher Aktivisten und Intellektueller nach Gründung der Tschechoslowakei

Bereits vor 1918 hatten Tschechen im Königreich Böhmen und im Ausland Schritte zur Gründung eines eigenen Staatswesens unternommen. Edvard Beneš hatte 1916 in Paris einen tschechoslowakischen Nationalausschuss ins Leben gerufen. Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag von Tomáš Garrigue Masaryk, dem späteren ersten Staatspräsidenten, und Karel Kramář, nachmals erster Ministerpräsident, als neuer Staat die Tschechoslowakei proklamiert. Bei den Friedensverhandlungen von Saint Germain wurden der Tschechoslowakei historische Grenzen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zugesichert. Die über drei Millionen Deutschen, die in den westlichen, südlichen und nördlichen Randgebieten des neuen Staates lebten, versuchten, die deutsch besiedelten Gebiete territorial zu organisieren. Auch in den großen Städten, wie in Prag und Brünn (Brno),

waren die Deutschen bestrebt, Rechte zu behaupten. Die Sprachenfrage spielte eine große Rolle, zumal in der Verfassung Tschechisch und Slowakisch als Behörden-sprachen festgeschrieben wurden und Deutsche nur dann Beamtenstellen übernehmen konnten, wenn sie die tschechische Sprache beherrschten.

Schon vor dem Abschluss der Friedensverhandlungen 1919 hatte tschechisches Militär jeglichen Widerstand der deutschsprachigen Bevölkerung erstickt. Zunächst lehnten die deutschen Parteien überwiegend eine politische Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung ab. Eine Ausnahme bildeten die Sozialdemokraten, die sich als Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP) neben der Partei der tschechischen Sozialdemokraten neu organisierten. Ab Mitte der 1920er Jahre gab es dann Bestrebungen, die nationalen Gegensätze zu überwinden.

Der Nachlass des in der Nähe von Böhmisches Krumau (heute: Český Krumlov) geborenen **Anton Klement** (1880–1964) gibt in besonderer Weise Einblick in die Genese der Spannungen zwischen den Deutschen in Böhmen und der tschechischen Staatsnation. Klement hatte in Wien studiert, war ab 1912 Sekretär des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und als solcher entschiedener Vertreter des Zusammenhalts der Doppelmonarchie. Am Ende des Ersten Weltkrieges, als man von Wien aus in Böhmen und Mähren deutsche Länder und Hauptmannschaften einrichten wollte, wurde Klement zum Leiter der neu geschaffenen Kreishauptmannschaft Böhmerwald ernannt. Auf seine Initiative geht die Gründung des „Hilfsvereins Böhmerwaldgau“ zurück, aus dem 1919 der „Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer“ hervorging. Dieser war wiederum Grundlage für den 1924 ins Leben gerufenen „Sudetendeutschen Heimatbund“. Er hatte vor allem im Deutschen Reich, wo er mehrere Landesverbände unterhielt, und auch in Österreich viele Mitglieder. Im Nachlass findet sich eine Sammlung von Satzungen des Sudetendeutschen Heimatbundes (S.H.B.).

Von Wien aus organisierte Anton Klement den Widerstand gegen die Ansprüche des tschechoslowakischen Staates auf den deutsch besiedelten südlichen Böhmerwald, den er an das Land Oberösterreich anschließen wollte. Auch vertrat Klement als Mitglied der nach Paris aufgebrochenen Delegation der Republik Deutsch-Österreich die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden des Böhmerwaldes. Neben vielen im Rahmen der Friedensverhandlungen in Saint Germain entstandenen Unterlagen sind Listen von Eingaben und Erklärungen von Städten und Gemeinden des Böhmerwaldes, die die dortige

Stimmung im Frühjahr/Sommer 1919 dokumentieren, in den Nachlass gelangt. Klement hatte sich wie Rudolf Lodgman von Auen, der Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen, auf das vom amerikanischen Präsidenten verkündete Selbstbestimmungsrecht berufen.

In Wien stand Anton Klement mit vielen Persönlichkeiten in Österreich und Deutschland in Verbindung, organisierte Konferenzen und Sitzungen, nahm Stellung zu wichtigen politischen Vorgängen und sammelte Manuskripte, Denkschriften, Verlautbarungen und Stellungnahmen sowie Broschüren und Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften, die größtenteils in den Nachlass gekommen sind. Auf Klements Initiative geht auch die Einführung der Begriffe „sudetendeutsch“ und „Sudetendeutschland“ für die deutsch besiedelten Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien zurück. Damit wurde ein politischer Begriff geschaffen, der die nationale Trennlinie zwischen Deutschen und Tschechen in Beziehung zur nun eingetretenen politischen Lage setzte. Er wurde auch von den Einrichtungen übernommen, die wie der Heimatbund und die spätere Sudetendeutsche Partei eine klare Selbstverwaltung und später eine Loslösung der deutsch besiedelten Gebiete anstrebten. Klement war es besonders darum zu tun, dass die Siedlungsgebiete der Deutschen, die geschichtlich und kulturell in verschiedenen Traditionen standen, als zusammengehörig wahrgenommen und zu einer national ausgerichteten politischen Größe aufgebaut wurden. Aus der erhaltenen Korrespondenz wird ersichtlich, dass Klement eine Reihe von Kulturhistorikern, Philologen und Ethnologen veranlasste, wissenschaftliche Darstellungen zu verfassen, um eben seine Bestrebungen zu untermauern. Die Forschungen koordinierte vor allem das 1920 in Wien gegründete „Wissenschaftliche Institut für Kultur und Geschichte des Sudetendeutschums“, das unter dem Vorsitz des prominenten Mitgliedes der Großdeutschen Volkspartei August von Wotawa stand und als dessen Sekretär Klement berufen worden war.

Klement war bemüht, den S.H.B. als politisch vom Deutschen Reich unabhängige Interessenvertretung der Sudetendeutschen erscheinen zu lassen. Mit den Landesverbänden des Heimatbundes im Reich selbst arbeitete er eng zusammen. So sprach er, nachdem die sudetendeutschen Gebiete Ende 1938 an das Deutsche Reich „angeschlossen“ worden waren, von der Erfüllung seiner Bemühungen. In den frühen 1940er Jahren plädierte er auch für die „Umvolkung“ und „Germanisierung“ der Tschechen.

Der Nachlass Anton Klements wird in besonderer Weise durch die Briefe und Sammlungen des Juris-

ten und Wirtschaftsfachmanns **Friedrich Nelböck** (1892–1983) ergänzt. Nelböck lebte bis 1945 in Brno (Brünn) und stand dort mit vielen Intellektuellen und Politikern in Kontakt. Zeitweilig trat er für das Projekt eines vereinigten Europas im Sinne der von Graf Richard Coudenhove-Kalergi betriebenen Paneuropa-Bewegung ein. Richard Coudenhove-Kalergi hatte Nelböck nach dem Europa-Kongress in Basel 1932 um Vorschläge für die Gründung einer Europa-Partei in der Tschechoslowakei gebeten. Dadurch wollte man für die dortigen Minderheiten, die nur die Wahl zwischen „Europäismus und Irredentismus“ gehabt hätten, „nationale Gerechtigkeit“ fördern. Klement übernahm 1934 die Präsidentschaft der Deutschen Sektion der Paneuropa-Bewegung in der Tschechoslowakei und ebenso 1935 bei der Deutschen Liga für Völkerbund und Völkerverständigung in der CSR und organisierte bis in die Kriegszeit hinein Vortragsreihen zu politischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Themen. Schon als Schüler des Wiener Schotten-Stifts hatte sich Nelböck für Politik und Ökonomie interessiert und mit Politikern der Donaumonarchie Kontakt aufgenommen, wie mit dem 1908 als zisleithanisch-österreichischer Ministerpräsident zurückgetretenen Max Wladimir von Beck. Nach Abschluss seines Studiums arbeitete er zunächst in der Wiener Anwaltskanzlei des ehemaligen Reichsratsmitglieds Stefan Licht, wechselte aber dann 1922 in die Leitung des Unternehmens seines späteren Schwiegervaters zu den Chemischen Werken Hochstetter & Schickardt nach Brünn. Bis zu seinem Rücktritt 1943 fungierte er als Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Brünn. Nach Kriegsende konnte er sich nach Wien absetzen und dort als Rechtsanwalt nochmals beruflich Fuß fassen. Er nahm seine weitgespannten Korrespondenzen wieder auf und trat u.a. mit Otto von Habsburg und dem ehemaligen christlich-sozialen Politiker aus Südmähren Erwin Zajicek in Kontakt.

Die im Nachlass vorhandenen, zum Teil über vier Jahrzehnte reichenden und vor allem europapolitische und wirtschaftliche Fragen thematisierenden Korrespondenzen geben Einblick in die Gedankenwelt Nelböcks seit den 1920er Jahren. Insbesondere ist auf die Briefe des Fürsten Alfons von Clary und Aldringen, der 1937 die Nachfolge Nelböcks als Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund und Völkerverständigung in der CSR antrat, des Jura-Professors Karl Gottfried Hugelmann und des Wiener Historikers Heinrich von Srbik hinzuweisen.

Friedrich Nelböck hatte Loyalität sowohl gegenüber dem tschechoslowakischen Staat als auch gegenüber der eigenen Nation bekundet. Später tendier-

te er zu einer großdeutschen Lösung. Er hielt sich zu gute, die politischen Vorstellungen der Sudetendeutschen Partei mit den Ideen der Marktwirtschaft und der europäischen Einigung in Verbindung gebracht zu haben. 1935 nahm er sogar die Gefolgsleute Konrad Henleins, nämlich Walter Brand, Heinz Rutha und Wilhelm Sebekovsky, in den Vorstand der Deutschen Liga für Völkerbund und Völkerverständigung auf, in dem also Delegierte ganz unterschiedlicher politischer Lager, so auch mehrere Sozialdemokraten, vertreten waren.

Die ideologische Einwirkung aus dem Deutschen Reich auf die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei machte sich seit Mitte der 1930er Jahre immer deutlicher bemerkbar. Dies wird besonders in den kleinen, ebenfalls neu verzeichneten Nachlässen von **Wilhelm Sebekovsky** (1906–1981) und **Adolf Metzner** (geb. 1910) ersichtlich. Sebekovsky und Metzner waren offen für die Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Stellen eingetreten und hatten im späteren Sudetengau wichtige Positionen inne. Adolf Metzner war als Studentenführer in Prag mit der 1918 gegründeten Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) verbunden und im sogenannten Brünner Volkssportprozess 1932 zu mehreren Jahren Haft verurteilt worden. In seinem Nachlass sind mehrere Erklärungen von Rudolf Jung und Hans Krebs, den leitenden Politikern der DNSAP, die eine großdeutsche Lösung anstrebten, enthalten.

Dagegen versuchte die Sozialdemokratische Partei (DSAP) unter dem Parteivorsitzenden Wenzel Jaksch bis unmittelbar vor dem Abschluss des Münchner Abkommens den Staatsverband der Tschechoslowakei zu erhalten. Sie hatte in der Parlamentswahl am 19. Mai 1935 große Stimmenanteile in der deutschsprachigen Bevölkerung zugunsten der sich zunehmend am Deutschen Reich orientierenden Sudetendeutschen Partei eingebußt. Noch während des Krieges hofften DSAP- Protagonisten, die Deutschen in einer neu zu gründenden tschechoslowakischen Republik vertreten zu können, wie dies aus den ebenfalls im Sudetendeutschen Archiv verwahrten Nachlässen von **Wenzel Jaksch** (1896–1966) und **Karl Kern** (1902–1982) hervorgeht.

Anders als Anton Klement sah Friedrich Nelböck nach dem Krieg den eigenen politischen Werdegang auch kritisch. Ohne revisionistische Auffassungen zu vertreten, schloss er sich der Sudetendeutschen Landsmannschaft an. Die Vertreibung der Sudetendeutschen sah er einerseits als ein großes Verbrechen an, andererseits wollte er darin Chancen für einen Neubeginn sehen.

Helmut Demattio

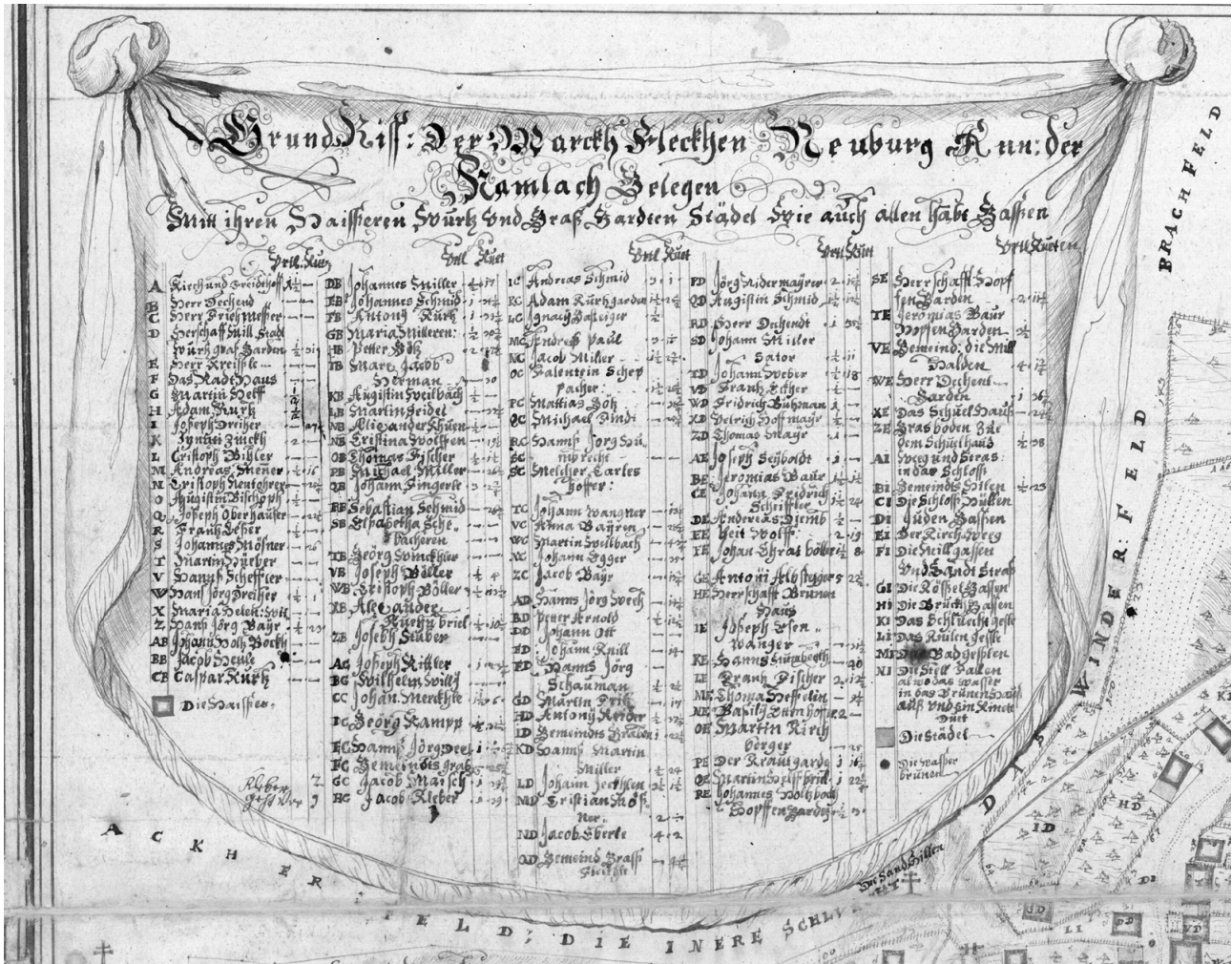
Staatsarchiv Augsburg

Amtsbücher und Akten der Herrschaft Neuburg an der Kammel erschlossen

Bereits 1984 war das Schlossarchiv Neuburg an der Kammel, dessen Bestände teilweise nach Haidenburg gelangt waren, von der Staatlichen Archivverwaltung Bayerns angekauft worden. Genau 30 Jahre später konnte nun die Neuerschließung und -ordnung der Amtsbücher und Akten abgeschlossen werden. Zusätzlich überliefert sind ca. 400 Urkunden seit dem 14. Jahrhundert, die noch nicht verzeichnet sind.

Unter den Archivalien befinden sich umfangreiche Kopialbücher mit Abschriften von mittlerweile verloren gegangenen Urkunden, einige Urbare bzw. Güterbeschreibungen aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, fast geschlossene Rechnungsserien seit dem Ende des 16. Jahrhunderts sowie eine umfangreiche Aktenüberlieferung vom 16. bis in das 20. Jahrhundert. Die Patrimonialgerichtsbarkeit (insbesondere die Kriminalgerichtsbarkeit) ist mit zahlreichen Akten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stark vertreten, ebenso die Forst- und Ökonomieverwaltung, die bis in das 20. Jahrhundert belegbar ist. Wertvolles Material ist zur Familiengeschichte der jeweiligen Besitzer, vor allem der Vöhlin, zu finden sowie zur Heimatgeschichte Neuburgs an der Kammel, wobei auch die benachbarte Markgrafschaft Burgau, das Damenstift Edelstetten, die Klöster Ursberg und Wettenhausen und die Karthause Buxheim berührt werden. Herausragend sind die beiden großformatigen Grundrissbücher mit insgesamt 122 Orts- und Flurplänen des Feldmessers Johann Caspar Klick aus dem frühen 18. Jahrhundert (zur Restaurierung der Karten s. Nachrichten Nr. 58/2010, S. 35f.).

Erstmals erwähnt im 12. Jahrhundert, gelangte die Burg Neuburg an der Kammel im 13. Jahrhundert an das Reich und wurde nachfolgend an verschiedene Adelsfamilien vergeben. Nach den Ellerbachern gelangten ab 1457 die Herren von Rechberg zu Hohenrechberg an den Lehenbesitz von Burg und Markt Neuburg. 1524 wurden schließlich die Freiherren von Vöhlin zu Frickenhausen damit belehnt. Die Vöhlin entstammen einer Memminger Patrizierfamilie, die im 15. Jahrhundert durch eine gemeinsame Handelsgesellschaft mit den Augsburger Welsern zu Reichtum kam und wie viele ihrer Zeitgenossen Grundbesitz und Herrschaftsrechte im Umland aufkaufte. 1520 gelangten die Vöhlin in den Besitz von Schloss und Markt Illertissen, das zum Hauptsitz der Familie wurde, 1756 aber wegen der Verschuldung der Familie an das Kurfürstentum Bayern verkauft wurde. 1524 erwarben die Vöhlin Neuburg an der Kammel und



Ansicht von Neuburg an der Kammel – Grundrissband des Feldmessers Johann Caspar Klick aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts (Herrschaft Neuburg a.d. Kammel Amtsbücher und Akten 255, Ausschnitt).

konnten den Besitz durch systematischen Zuerwerb von Eigenbesitz und Lehengütern des Reichs und des Hochstifts Augsburg zu einem ansehnlichen Herrschaftskomplex ausbauen. Neuburg blieb so bis zum Aussterben der Familie Ende des 18. Jahrhunderts in deren Besitz. 1592 gelangte auch die Herrschaft Hohenraunau in den Besitz der Vöhlin und wurde zunächst mit Neuburg vereinigt, 1695 aber geteilt. Nach dem Aussterben der männlichen Linie der Vöhlin wollte das Augsburger Stift St. Peter als Lehenherr das Gut einziehen, woraus ein Prozess entstand, der jedoch zugunsten der Vöhlinschen Erbtöchter entschieden wurde. Diese verkauften 1802 Hohenraunau an den österreichischen Pfleger zu Großkötz, 1807 fiel der Ort an die Herren von Rebay. Im Jahr zuvor war in Hohenraunau ein Patrimonialgericht 2. Klasse eingerichtet worden, das bis 1848 bestand. Nach dem Tod von Maria Theresia Kornritt von Ehrenhalm (geb. Vöhlin) im Jahr 1816 wurde Neuburg, das zusammen mit der Markgrafschaft Burgau 1805 an Bayern gefallen war, als Kronlehen an die Freiherren

von Aretin zu Haidenburg ausgegeben, die dort bis 1848 das Patrimonialgericht inne hatten.

Teilweise waren die Urkunden und Akten durch ein Altrepertorium von 1773 erschlossen, der größere Teil befand sich aber in einem unsortierten Zustand, nachdem die Unterbringung mehrfach gewechselt hatte, zudem waren Wasser- und Schimmelschäden an den Archivalien zu beklagen. Daher musste das Schriftgut nicht nur erschlossen und neu formiert, sondern auch gereinigt werden. Dennoch sind einige Akten aufgrund der großen Beschädigungen zurzeit nicht vorlegbar. Ergänzt wurde das angekaufte Herrschaftsarchiv durch die früher auf verschiedene Bestände des Staatsarchivs aufgeteilten Behördenabgaben des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Bezirksamt Krumbach, Adel: von Vöhlin und von Aretin). Die Strukturierung des Archivmaterials wurde dem Vorbild anderer erschlossener Adelsbestände des Staatsarchivs angeglichen.

Philipp Lintner und Claudia Kalesse

Schwäbische „Flusskreise“ in Beständen sichtbar

Die Einteilung Bayerns in „Flusskreise“ ist Ergebnis der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Zeitalter Napoleons. Vorausgegangen waren erhebliche territoriale Gewinne des Kurfürstentums Bayern, das am 1. Januar 1806 zum Königreich erhoben wurde. Verwaltungsmäßig wurde Bayern ab 1. Oktober 1808 in 15 Kreise eingeteilt, deren Bezeichnungen sich nach dem Vorbild der französischen Departements an Flüssen orientierten. In Bayerisch-Schwaben gab es 1808 den Lech-, den Iller- und den Oberdonaukreis. Erneute Gebietsveränderungen führten dazu, dass 1810 die Zahl der Kreise auf neun und 1817 schließlich auf acht reduziert wurde. Diese Kreise sind die unmittelbaren Vorläufer der heutigen Regierungsbezirke. Der 1816 gebildete Rheinkreis (seit 1838: die Pfalz) kam nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum neu errichteten Bundesland Rheinland-Pfalz.

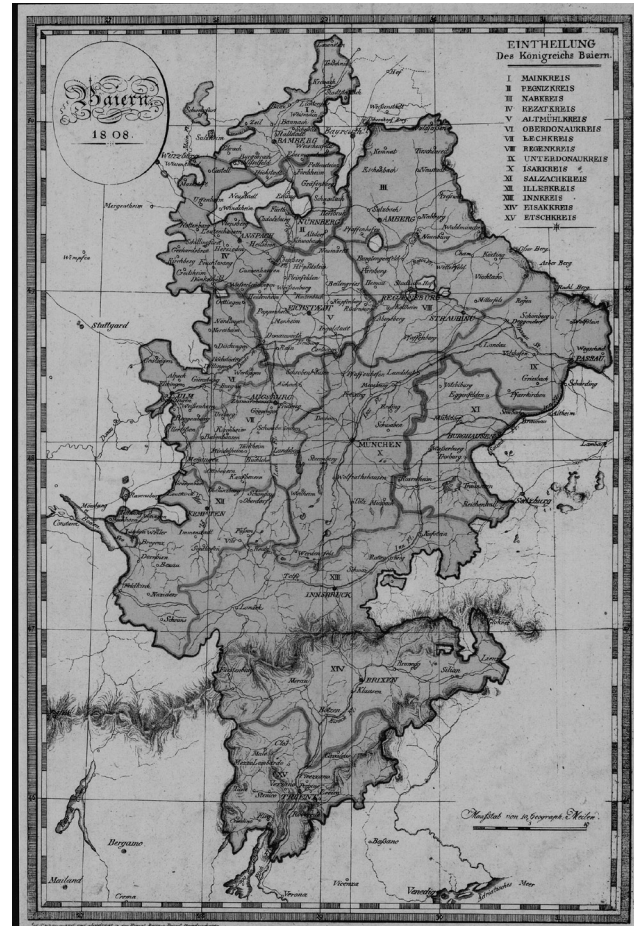
Die Unterlagen der schwäbischen „Flusskreise“ waren bisher überwiegend in dem umfangreichen Mischbestand Regierung von Schwaben, Kammer des Innern „versteckt“.

Nach neunjährigen Analyse-, Verzeichnungs- und Ordnungsarbeiten (analysiert wurden ca. 11.000 Archivalien des Staatsarchivs Augsburg sowie 1.500 Archivalien des Staatsarchivs München) ist es nun gelungen, provenienzreine Bestände zu formieren und Findbücher zu den schwäbischen „Flusskreisen“ zu erstellen, wobei in allen Fällen auch Unterlagen in weiteren Beständen zu berücksichtigen waren. Es ist davon auszugehen, dass in den Staatsarchiven München und Nürnberg noch einschlägige Provenienzen auftauchen werden. Folgende Repertorien liegen nun vor:

- Generalkommissariat des (1.) Illerkreises: 115 Archivalien (1,8 lfm)
- Generalkommissariat des (2.) Illerkreises: 532 Archivalien (9 lfm)
- Generalkommissariat des Lechkreises: 340 Archivalien (4,2 lfm)
- Generalkommissariat des (1.) Oberdonaukreises: 269 Archivalien (4,5 lfm)
- Generalkommissariat des (2.) Oberdonaukreises: 1432 Archivalien (ca. 25 lfm)
- Regierung des (3.) Oberdonaukreises, Kammer des Innern: 2065 Archivalien (ca. 30 lfm).

Nach Abschluss der Provenienzanalyse des hiesigen Regierungsbestandes war es im Jahr 2013 auch möglich, umfangreiche Abgaben an andere Archive zu tätigen. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv erhielt 1308 Archivalien (18,2 lfm), das Staatsarchiv Nürnberg 443 Archivalien (8 lfm) und das Staatsarchiv Amberg 71 Archivalien (1,2 lfm). Bemerkenswert und nicht

von vornherein zu erwarten war, dass der Mischbestand Regierung von Schwaben nicht nur mittelbehördliche Unterlagen, sondern in kleinerer Zahl auch zentral- und unterbehördliches Material umfasste (z.B. Innen- und Außenministerium, Generalschul- und Studiendirektorium, Landgerichte, Patrimonialgerichte, Stiftungsadministrativen).



(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kartensammlung 732).

Alle Dokumente wurden in der archivischen Datenbank einzeln erfasst und sind nun bequem nach verschiedenen Kriterien recherchierbar. Für die innere Ordnung der Bestände wurde eine zweistufige Klassifikation entwickelt. Was die Hauptgruppen anbelangt, orientiert sich die Gliederung stark an den im bayerischen Regierungsblatt von 1817 (Spalte 233 ff.) dargestellten Aufgaben der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen, insbesondere der Kammer des Innern. Diese Gliederung bot sich deswegen an, weil sie auch bei den Vorläuferbehörden, den Generalkommissariaten der verschiedenen „Flusskreise“, identisch verwendet werden konnte; sie umfasst folgende Hauptgruppen:

1. Staatsrecht, 2. Militärwesen, 3. Kirchliche Angelegenheiten, 4. Schulwesen, 5. Medizinalwesen, 6. Allgemeine Landespolizei, 7. Kommunal- und Stiftungswesen, 8. Statistik, 9. Staatsverwaltung.

Es war zwar im Laufe der Erschließungsarbeiten ein alter Registraturplan der Regierung des Oberdonaukreises, Kammer des Innern, von 1817 ermittelt worden, jedoch erwies sich dieser Plan (nach Buchstaben und römischen Ziffern) für eine Strukturierung der Unterlagen als ungeeignet, da die Gliederung zu undifferenziert ausgefallen wäre. Außerdem trugen nicht alle Aktendeckel das alte Aktenzeichen.

Die im Vergleich zum Staatsarchiv Landshut deutlich geringeren Zahlen der überlieferten Archivalien (vgl. die Berichte in Nachrichten Nr. 59/2010, S. 19 und Nr. 60/2011, S. 39 für die jeweiligen Finanzabteilungen und den allgemeinen Bericht in Nachrichten Nr. 50/2005, S. 14) sind zum einen dadurch erklärbar, dass Massenaktengruppen wie Ansässigmachungs- und Verehelichungsakten, Hausbaugesuche, Gewerbekonzessionen und Auswanderungsakten kaum vorhanden sind. Falls sie vorliegen, stammen sie meist aus dem Staatsarchiv München. Zum anderen fällt auf, dass Unterlagen zu den Vorarlberger Gerichten in den Beständen Generalkommissariat des (1.) und des (2.) Illerkreises fast komplett fehlen. Vermutlich wurden sie schon im 19. Jahrhundert nach Österreich abgegeben. Zahlenmäßig sehr gut vertreten und auch inhaltlich bedeutsam sind die Jahresberichte der einzelnen Landgerichte, adeligen Gerichte und Polizeikommissariate. Die Jahresberichte enthalten als Beilagen nicht selten akribisch geführte Statistiken über die einzelnen Ortschaften und die darin befindlichen Gebäude (mit Angabe der Dacheindeckung!), über die Bevölkerungszahlen, über Geburten, Trauungen, Sterbefälle, tödliche Krankheiten und über den Viehstand. Bis ins Detail statistisch erfasst werden u.a. auch Manufakturen und Fabriken, Künstler und Handwerker, Kaufleute und Krämer, Aus- und Einwanderungen, Zuchthäuser, Kranken- und Armenanstalten. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind die sogenannten Agrikolstatistiken, die 1830 jedes Gericht anfertigen musste und die nahezu vollständig vorhanden sind. Neben Angaben zum Bevölkerungs- und Viehstand finden sich darin etwa Hinweise über die Qualität von Heu und Ohmat (Grummet), über die Art des Düngens und Pflügens, über den Anbau von Hopfen, Kartoffeln, Tabak, Hülsenfrüchten, Flachs und Hanf, über Bienenzucht und Obstkultur, über das Klima usw.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass man in den „Flusskreisbeständen“ reichhaltiges Material für vielerlei Themen findet, auf die nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Heimat- und Familienforscher gerne und mit Gewinn zurückgreifen werden.

Thomas Steck

Staatsarchiv München

Menschen im Moos – das Torfwerk Raubling

Nach dem Rückzug des Inngletschers vor ca. 18.000 bis 15.000 Jahren bildete sich der riesige Rosenheimer See, der, nachdem er die Endmoränen durchdrungen hatte, nach mehreren Seiten auslief und eine unterschiedlich große Zahl von Seesedimenten hinterließ, aus denen sich in den folgenden Jahrtausenden die Moore des Chiemgaus bildeten. Diese Moore wurden zumindest im näheren Einzugsgebiet als Energielieferant genutzt. Der dort abgebaute Torf hatte einen Brennwert, der in etwa dem von Braunkohle entsprach.

Ausschlaggebend für die verstärkte Nutzung von Torf als Brennmaterial war die Errichtung der Saline Rosenheim, die 1810 ihren Betrieb aufnahm und von 1855 an regelmäßig Torf zur Verdampfung der Sole aus Großkarolinenfeld bezog. 1860 erwarb die Saline die Hochrunstfilze, die sukzessive ausgebeutet wurden. Hinzu kam ab 1876 die Brenntorfgewinnung in den Kollerfilzen, als die königlich bayerische Bahnverwaltung Josef Nickl aus Haspelmoor (Gde. Hattenhofen, Lkr. Fürstenfeldbruck) nach Raubling holte und ihn beauftragte, als Akkordant in den Kollerfilzen Brenntorf für die Bahnstrecke Rosenheim-Kufstein zu gewinnen. Hierfür wurde ein ca. 3 km langes Bahngleis von Raubling ins Moos gelegt, um den Torf direkt über Schanzen in die Wagen verladen zu können.

Im Jahr 1899 übernahm der Sohn Michael Nickl das Torfwerk pachtweise von der Bahnverwaltung und betrieb dieses zusammen mit seinem Bruder Ludwig. Sie begannen, umliegende Grundstücke zu erwerben, u.a. mit einer Kantine und Arbeiterwohnungen zu bebauen sowie die Torfgewinnung durch Torfformmaschinen, Gleise, Lokomotiven und Stecherwägen zu mechanisieren. Die Stellung der beiden Brüder im Wirtschaftsleben der Gemeinde war so bedeutend, dass der Gemeinderat 1909 beschloss, deren Besitzungen in den Kollerfilzen den Namen „Nicklheim“ zu geben, noch heute ein Ortsteil von Raubling. Als dann die Saline Rosenheim noch Streutorf herstellen lassen wollte, gründete Ludwig Nickl 1911 das „Torfwerk Hochrunstfilze-Raubling“, das während des Ersten Weltkrieges von 280 französischen Kriegsgefangenen betrieben wurde.

1920 löste die Saline Rosenheim den Vertrag mit Ludwig Nickl, übernahm am 11. März 1920 das Torfwerk und vereinigte dieses mit dem Werk in den Kendlmühlfilzen zur „Landestorfwerke GmbH“. Um diese Zeit waren vier Torfformmaschinen, fünf Torfgroßbagger und eine Torfschneidemaschine im Ein-

satz, die von ca. 240 Arbeitern bedient wurden. Bereits 1925 wurde das Torfwerk Raubling wieder aus den Landestorfwerken ausgeschieden und der Berg-, Hütten- und Salzwerke AG (BHS) als Nebenbetrieb der Zweigniederlassung Saline Rosenheim zugeschlagen.

In den Jahren nach 1945 schnellte die Torfproduktion aufgrund der Engpässe in der Energieversorgung und der desolaten Infrastruktur noch einmal hoch. Die erhöhte Nachfrage konnte durch den Einsatz eines Raupen-Brenntorf-Baggers aufgefangen werden. 1958 wurde die Saline stillgelegt und im selben Jahr brannte das Torfwerk Raubling ab. Um die Abnehmer von Brenntorf weiter beliefern zu können, wurde das Torfwerk wieder aufgebaut. Es erreichte allerdings nicht mehr die bisherigen Absatzzahlen. Deshalb versuchte man, auf die Gewinnung von Frästorf umzustellen. 1965 brannte das Werk erneut ab, diesmal durch Funkenflug der Dampflokomotive (D VI, Baujahr 1883), die seit 1927 eingesetzt worden war. Das Werk wurde bei der erneuten Wiedererrichtung modernisiert und diente vor allem zur Produktion von Plantahum (Torfkultursubstrat) und anderen Erden. Seit 1969 wurden sämtliche Torfwerke der BHS unter der Bezeichnung „Alpentorfwerke Rosenheim“ zusammengefasst, eine neue Abfüllanlage für Rindenmulch, Rindenumus und andere Torfprodukte errichtet sowie zahlreiche weitere Torfwerke wie Ainring (1968), Hanweiler im Saarland (1971), Wolfsbruchmoor in Niedersachsen (1973), Peiting (1973) und Aschhorn in Niedersachsen (1975) erworben. Konsequenterweise wurde auch der Sitz der Alpentorfwerke 1979 von Rosenheim nach Raubling verlegt. 1986 benannte man den Betrieb in BHS-Humuswerke um.

Gleichzeitig entstand jedoch eine Gegenbewegung zum Torfabbau. 1976 gründete sich eine Bürgerinitiative, die landesweit auf die Zustände beim teilweise rücksichtslosen Torfabbau hinwies, was sich in zahlreichen Anträgen an den Bayerischen Landtag manifestierte. Letztendlich auf diese Initiative ist es zurückzuführen, dass 1988 die Bayerische Staatsregierung den Torfabbau in den Kendlmühlfilzen einstellen ließ. Damit deutete sich bereits das Ende des industriellen Torfabbaus an, der sich allerdings noch mehrere Jahre hinzog. Mit dem Verkauf der BHS an die SKW-Trostberg 1991 erfolgte die Umbenennung in „Euflor Humuswerke“. Diese wurden 1998 an ein österreichisches Unternehmen verkauft, das 2006 wegen Absatzschwierigkeiten den Betrieb vollständig einstellte.

Das Staatsarchiv München übernahm den Fonds Torfwerk Raubling 2008 von der Firma Euflor GmbH.

Der nicht sehr umfangreiche (88 Archivalien), aber aussagekräftige Bestand deckt sämtliche Bereiche des Abbaus von Torf und dessen Vermarktung ab, enthält zahlreiche Akten zu Grundstücks- und Bauangelegenheiten. Der Maschineneinsatz ist ausführlich dokumentiert. Ferner finden sich darin Akten zu Brunnhäusern und zur Wasserversorgung der näheren Umgebung. Auch Maßnahmen zur Renaturierung werden in mehreren Akten abgebildet. Darüber hinaus existiert eine umfangreiche Plansammlung, die sich u.a. mit den hinzugekauften Werken in Niedersachsen beschäftigt. Karteien zum Immobilienbesitz und zum Maschinenwesen runden den Bestand ab, der zwar bereits Unterlagen vom späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert enthält, jedoch einen deutlichen Schwerpunkt auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat.

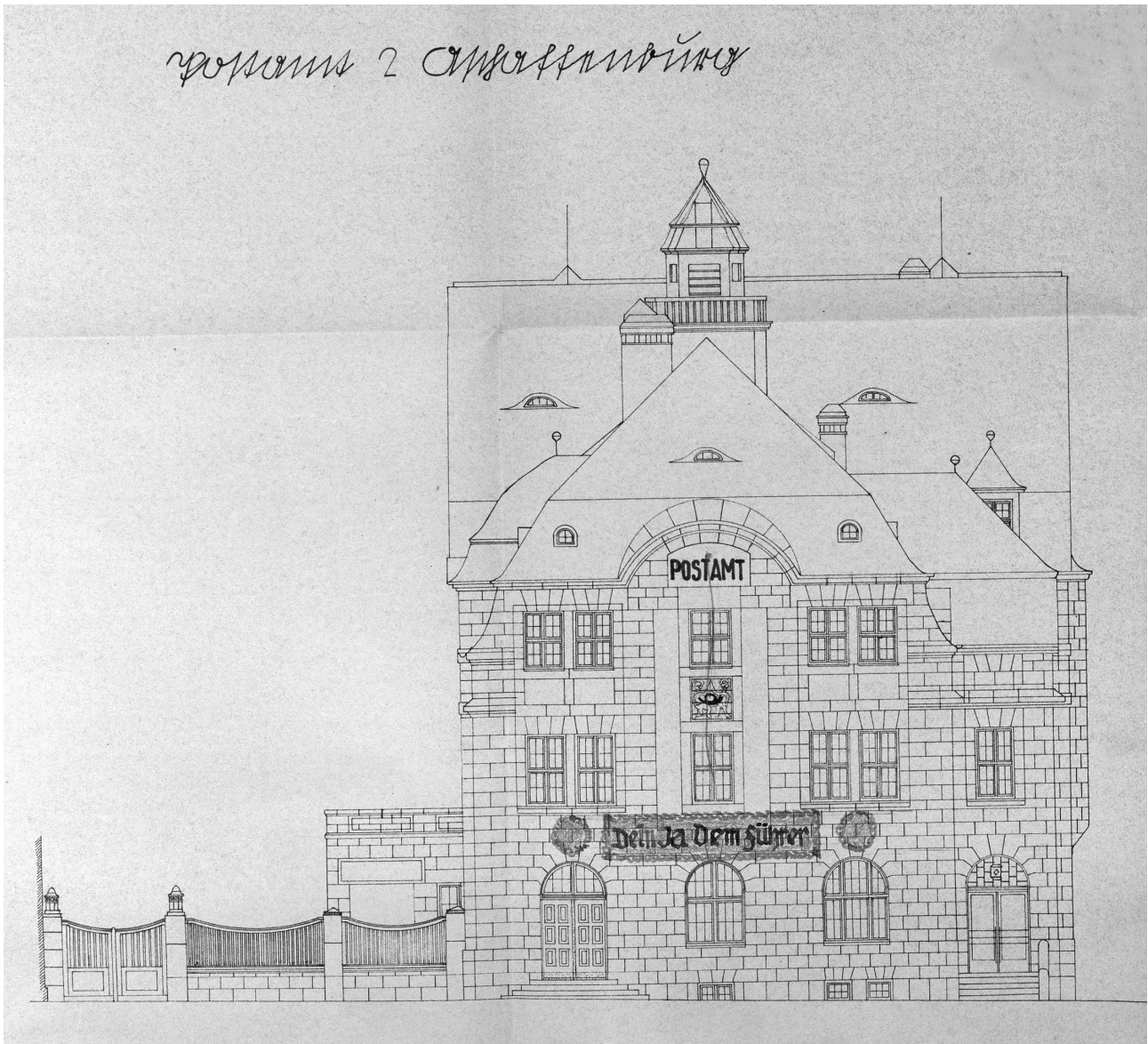
Christoph Bachmann

Staatsarchiv Würzburg

Neue Findmittel für die Eisenbahn- und Postverwaltung

Im Jahr 1835 fuhr zwischen Nürnberg und Fürth die erste *Eisenbahn* auf deutschem Boden. Dies war der Startschuss für eine bis heute dauernde Entwicklung des Eisenbahnwesens. Bis Anfang der 1990er Jahre wurden die archivwürdigen Unterlagen der bayerischen Eisenbahnverwaltung beim Verkehrsarchiv in Nürnberg verwahrt. Nach dessen Auflösung gingen sie an das Bayerische Hauptstaatsarchiv in München und wurden nach Provenienzen aufgeteilt (vgl. Nachrichten Nr. 65/2013, S. 18). Im Sommer 2013 erhielt das Staatsarchiv Würzburg die letzten Akten von unterfränkischen Eisenbahnbehörden. Die damit möglich gewordene provenienzgemäße Neuformierung dieser Unterlagen ist nunmehr abgeschlossen.

Bei der Eisenbahn muss zwischen Bau- und Verwaltungsbehörden unterschieden werden. In Unterfranken bestanden zwischen 1846 und 1902 insgesamt 33 Eisenbahnbausektionen. Diese hatten im Auftrag der zentralen Eisenbahnbaukommission in Nürnberg/München die Bauvorhaben der Eisenbahn vor Ort zu koordinieren. Die Aufgabe umfasste den Grunderwerb, die Streckenführung, Bau und Sicherung der Gleise und die Herstellung von Bahnhöfen, Bahnstationen und weiteren Gebäuden für das Eisenbahnwesen. Da die Anzahl der überlieferten Akten je Eisenbahnbausektion stark variiert, wurde ein Sammelbestand gebildet, in dem alle Sektionen getrennt nach Provenienzen zusammengefasst sind (817 Ar-



Neubau des Postamts 2 in Aschaffenburg aus den 1920er Jahren. Plan nachträglich für ideologische Zwecke der NSDAP umgestaltet (Staatsarchiv Würzburg, Postämter 6).

chivalien). Die ersten Bauabschnitte in Unterfranken waren Anfang der 1850er Jahre fertiggestellt.

Die erste Bahnverwaltung auf der mittleren Verwaltungsebene wurde in Unterfranken 1852 errichtet. Der Aufgaben- und Zuständigkeitszuschnitt sowie die Anzahl dieser Behörden wurde häufig geändert; dies zeigt sich in der Bestandsbildung.

Für die Zeit von 1852 bis 1876 bestand das Oberpost- und Bahnamt Würzburg (16 Archivalien), dessen Sprengel sich noch an der Kreiseinteilung des Königreichs Bayern orientierte. Ab 1876 existierte das Oberbahnamt Würzburg, welches 1902 in Eisenbahnbetriebsdirektion Würzburg umbenannt wurde. Das bayerische Eisenbahnnetz wurde insgesamt von 10 Oberbahnämtern bzw. Eisenbahnbetriebsdirektionen betreut, deren Sprengel nicht mit der Kreiseinteilung

übereinstimmten. So wurden von Würzburg aus zum Beispiel die Eisenbahnlinien bis kurz vor Nürnberg und Ansbach verwaltet. Da sich bei der Umbenennung der Behörde im Jahr 1902 keine Zuständigkeitsveränderungen ergaben, wurden die Akten des Oberbahnamts in den Bestand der Eisenbahnbetriebsdirektion Würzburg (205 Archivalien) integriert.

Im Jahr 1907 wurde die Eisenbahnverwaltung grundsätzlich reformiert. Anstelle der Eisenbahnbetriebsdirektionen schuf man fünf Eisenbahndirektionen. Die nunmehrige Eisenbahndirektion Würzburg (491 Archivalien) erfuhr eine erhebliche Sprengel- ausweitung im Vergleich zur Vorgängerbehörde. Sie hatte neben Unterfranken auch das westliche Mittelfranken und das Nördlinger Ries in Schwaben zu betreuen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ging die Eisenbahnverwaltung durch einen Staatsvertrag vom April 1920 an das neue Deutsche Reich über. Deshalb wurde für die nach diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Unterlagen der Bestand der Reichsbahndirektion Würzburg (291 Archivalien) gebildet, obwohl die Eisenbahndirektion erst 1922 in Reichsbahndirektion umbenannt wurde. Es gab keine Zuständigkeitsveränderungen verglichen mit der bayerischen Eisenbahndirektion Würzburg. Die Reichsbahndirektion Würzburg wurde 1933 aufgelöst und ihre Zuständigkeiten an die Reichsbahndirektion Nürnberg übergeben. Die Unterlagen der unteren Eisenbahn-Verwaltungsebene sind aufgrund der geringen Anzahl nicht weiter erwähnenswert.

Die Überlieferung der *Postverwaltung* in Bayern hat eine ähnliche Geschichte wie die der Eisenbahn. Auch die Postverwaltung ging 1920 auf das Deutsche Reich über. Bis 1985 wurden die archivwürdigen Unterlagen beim Postarchiv, einer Abteilung der Oberpostdirektion München, verwaltet. Von dort gingen sie an das Staatsarchiv München und nach einer ersten Analyse Ende der 1980er Jahre an die zuständigen Staatsarchive bzw. an das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Ein kleiner Bestand von Akten der Postverwaltung aus dem Postmuseum in Nürnberg wurde 2006 über das Staatsarchiv Nürnberg an das Staatsarchiv Würzburg abgegeben.

Bereits 1989 war mit der Formierung des Bestandes „Oberpostdirektion Würzburg“ begonnen worden. Allerdings unterblieb damals die Aufteilung nach der

Provenienz, so dass nicht nach dem Grenzjahr 1920 zwischen bayerischen Akten und Reichsakten unterschieden wurde. Außerdem war das mittelbehördliche und das oberbehördliche Schriftgut, das vermutlich bereits im Postarchiv vermischt worden war, nicht voneinander getrennt worden. Da ohnehin die Abgabe von 2006 einzuarbeiten war, war eine erneute Bearbeitung der Postüberlieferung notwendig.

So wurde nun auf der mittleren Behördenebene neben dem oben bereits erwähnten Oberpost- und Bahnamt Würzburg noch der Bestand der Oberpostdirektion Würzburg (213 Archivalien) gebildet. Ähnlich zur Eisenbahnverwaltung wurden die Akten des Oberpostamts Würzburg (1876–1907) in den Bestand der Oberpostdirektion integriert.

Ab 1920 wurde der Bestand der Reichspostdirektion Würzburg formiert. Diese bestand bis 1943, dann übernahm die Reichspostdirektion Nürnberg ihre Aufgaben.

Der Zuständigkeitssprengel der genannten Postbehörden orientierte sich an der Kreiseinteilung des Königreichs bzw. des Freistaats Bayern.

Daneben existierte noch eine Vielzahl von Postämtern (292 Archivalien), die die Aufsicht über die Poststellen, Postagenturen, Postställe etc. innehatten. Diese wurden aufgeteilt nach Provenienzen ebenfalls in einem Sammelbestand erfasst.

Die Repertorien der genannten Bestände sind in der Findmitteldatenbank auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns einsehbar.

Johannes Stoiber

Bestandserhaltung

Studierende aus Stuttgart zu Besuch in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Im Rahmen einer mehrtägigen Exkursion nach München waren Studierende des Studiengangs Restaurierung von Kunstwerken auf Papier, Archiv- und Bibliotheksgut an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart am 14. Oktober 2014 zu Besuch in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Die insgesamt 13 Studierenden des Bachelor- und Masterstudiengangs wurden von Prof. Dr. Irene Brückle, der Leiterin des Studiengangs, und von Dr. Andrea Pataki-Hundt, der Leiterin der Werkstatt für die praktischen Studieninhalte, begleitet. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Bestandserhaltungsreferentin des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Dr. Katrin Marth erhielten die

Gäste von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Werkstatt einen Einblick in die aktuell durchgeführten Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten. Auf großes Interesse traf dabei die Konservierung von Wachssiegeln, da diese Objektgruppe dem Restaurator meist nur in Archiven begegnet. Neben der Konservierung und Restaurierung von Amtsbüchern wurden Beispiele aus dem Bereich der Papierrestaurierung gezeigt. Dass in oft unscheinbaren Akten auch bemerkenswerte Funde sich verbergen, konnte anhand einer restaurierten Romkarte des 17. Jahrhunderts aus dem Staatsarchiv München erläutert werden (s. dazu S 35 in diesem Heft). Das Spektrum wurde durch Beispiele von restaurierten Pergamenturkunden, die anschließend digitalisiert wurden, abgerundet. Zum Abschluss und Höhepunkt wurde den Gästen die aufwändig neu verpackte Goldene Bulle

Malta, bei der er an Kämpfen gegen das Osmanische Reich teilnahm. Es existieren hierüber Aufzeichnungen im Bestand, allerdings geht aus diesen nicht hervor, ob er in Rom Station machte. Vorstellbar wäre dies aber. Eine Anfrage bei der Staatlichen Graphischen Sammlung München ergab, dass dort der Stich zwar bekannt ist, sie selbst ihn aber nicht besitzt.

Das Stück ist aus zwei Drucken gefertigt, die längs überlappend verklebt sind. Die Umriss- und die Druckplatten mit abgerundeten Ecken sind deutlich erkennbar. Die Karte wurde durch drei Faltungen auf ein kleineres Format gebracht, die Oberflächenverschmutzung war dabei erheblich. Der gesamte Randbereich war durch Risse, die teilweise bis in den bedruckten Bereich reichten, und Fehlstellen stark beschädigt. An den Falzstellen zeigte sich das Papier unterschiedlich stark geschwächt, an einigen Stellen war es bereits gerissen. Zunächst mussten die Oberflächen mit einem Latexschwamm grob gereinigt und aufliegender Insektenkot vorsichtig mit dem Skalpell reduziert werden. Anschließend wurden beide Seiten vorsichtig mit einem Radiergummi weiter behandelt, und es konnte so eine erhebliche Verbesserung der Optik erreicht werden. Die Risse ließen sich von der Rückseite schließen und mit Japanseide verstärken, ebenso die geschwächten Bereiche an den Knicken. Besondere Sorgfalt musste darauf verwendet werden, dass die bedruckten Bereiche perfekt aneinander liegen, sodass der Riss nicht mehr erkennbar ist. Fehlstellen wurden mit festem Japanpapier leicht überlappend erst von der Rückseite und anschließend von der Vorderseite passgenau ergänzt. Dadurch konnten die nötige Papierstärke erreicht, Papierspannungen vermindert und der Übergang von Originalsubstanz und Ergänzung optisch verbessert werden. Eine moderate Glättung vermied das Verpressen des Druckplattenrandes. Dazu wurden zwei Schablonen aus Karton in der Größe der Druckplatten zugeschnitten, der Plan von der Rückseite mit einem Dahliasprayer leicht mit destilliertem Wasser besprüht und mit der gefeuchteten Seite auf eine Filzunterlage gelegt. Die Schablonen konnten nun passend aufgelegt, der Plan mit Parafill-Vlies abgedeckt, beschwert und getrocknet werden.

Der Kupferstich kann jetzt wieder in seiner vollen Schönheit benützt werden, ohne seine bisherige Geschichte verbergen zu müssen. Das Hofmarksarchiv Sandizell bereichert somit erneut das Staatsarchiv München mit einem außergewöhnlichen Stück.

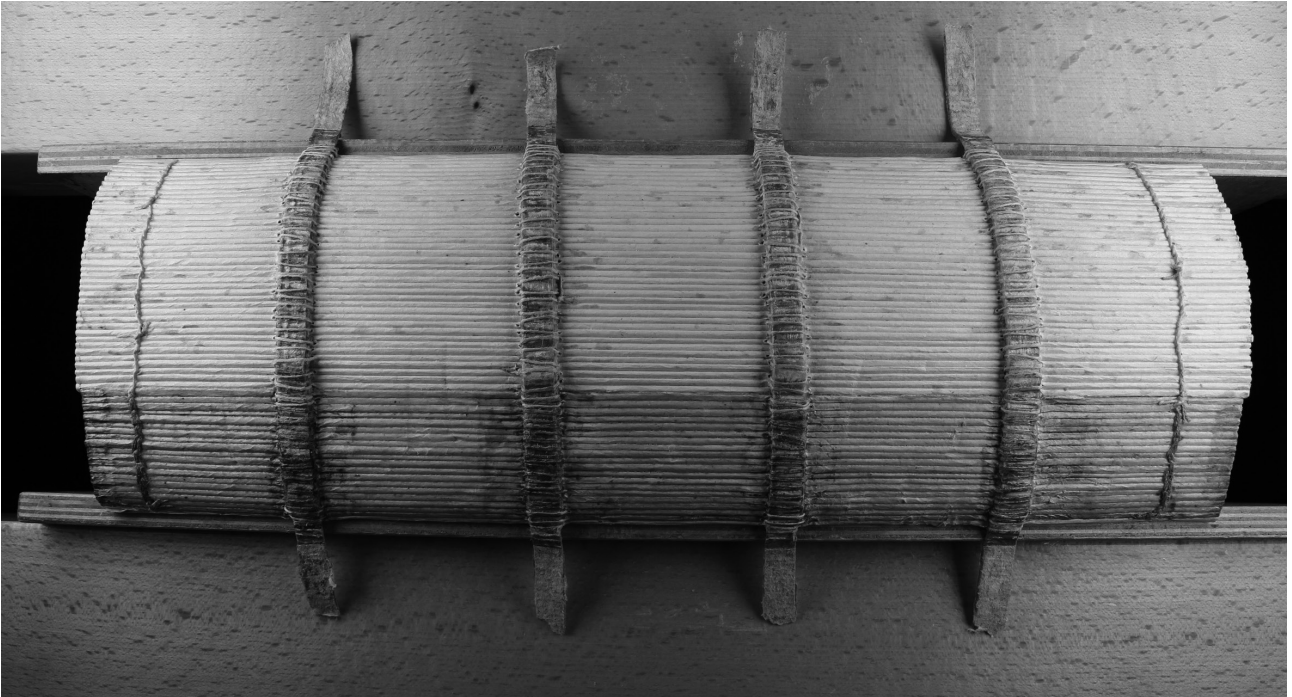
Simon Andreas Kalleder und Hildegard Hagen

Restaurierung eines Bandes aus dem Bestand „Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Partikulare“ des Staatsarchivs Nürnberg

Das Staatsarchiv Nürnberg verwahrt das Archiv und die umfangreichen Behördenregistraturen des Fürstentums Brandenburg-Ansbach, des größten weltlichen Territoriums auf dem Gebiet des heutigen Mittelfranken. Es fiel 1806 an das Königreich Bayern. Der Bestand „Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Partikulare“, zeitgenössisch als „Partikular-Rechnungen“ bezeichnet, ist ein Beispiel für die gute Verwaltungsorganisation des Fürstentums. Es handelt sich bei den „Partikularen“ um einen Amtsbuchsekt von rund 236 Bänden aus den Jahren 1516 bis 1805, der somit bis in die Zeit der preußischen Verwaltung des Fürstentums (ab 1792) hinaufreicht.

Der Bestand wurde in der heutigen Zusammensetzung erst nach 1883 gebildet, als die Regierung von Mittelfranken unter inhaltlichen Aspekten Partikulare sowohl aus der Zentralverwaltung in Ansbach, dem dortigen Geheimen Archiv und der Hofkammer, als auch von den unterbehördlichen Kasten- und Verwalterämtern an das Kreisarchiv Nürnberg abgab. In den 1990er Jahren wurde der Bestand nochmals durch einen Zugang aus der baden-württembergischen Archivverwaltung ergänzt, als 96 Bände, die 1810 nach dem Ortspertinenzprinzip an das Königreich Württemberg abgegeben worden waren, im Rahmen des länderübergreifenden Bestandaustausches zurückkehrten.

Inhaltlich sind die „Partikular-Rechnungen“ – so der regional typische Begriff des 18. Jahrhunderts – den Salbüchern oder Urbaren zuzuordnen. Es handelt sich bei diesen Amtsbüchern nicht um Rechnungen im eigentlichen Sinn, sondern um grundherrliche Verwaltungsunterlagen, in denen für einen bestimmten Amtssprengel die Liegenschaften nebst Zugehörungen und den hieraus zu reichenden Abgaben („beständige Gefälle“, d.h. Zehnt, Gülten, Handlohn bei Besitzwechseln usw.) übersichtlich dargestellt sind. Hierbei sind bewohnte Liegenschaften (Gütlein, Haus usw.) und landwirtschaftliche Grundstücke detailliert unterschieden. In der Forschung werden die darin enthaltenen Angaben zu den jeweiligen und den folgenden Besitzern häufig nachgefragt. Durch präzise Verweise auf vorhergehende Partikulare und ältere Salbücher kann man rasch weiter zurückliegende Besitzerfolgen ermitteln. Zudem sind oft detaillierte Angaben zu besonderen Rechtsverhältnissen enthalten, wie etwa zur Erlaubnis, in einem zuvor unbebauten Gartengrundstück ein Wohnhaus errichten zu dürfen und somit eine „neue Mannschaft“ zu begründen. In ihrer sorgfältigen Anlage und übersichtlichen Gliede-



Staatsarchiv Nürnberg, Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Partikulare 54 (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

zung sind die Partikulare des Fürstentums Ansbach mit ihrem zeitlichen Schwerpunkt im ausgehenden 17. und 18. Jahrhundert durchaus mit den jüngeren bayerischen Katastern vergleichbar – wenn auch, anders als die modernen Kataster, noch entsprechend der Grundherrschaft geführt.

Ein großformatiger Band (42 cm Höhe x 23 cm Breite x 19,5 cm Dicke) dieses Bestandes, das Partikular Nr. 54 für das Kastenamt Colmberg (Lkr. Ansbach) aus dem Jahr 1776, kam mit einem schweren Schimmelschaden in die Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Der Vorderschnitt des Buchblocks wies größere Fehlstellen und weit in den Buchblock reichende wattige Papierbereiche auf. Zum Teil waren die Seiten durch den Schimmelbefall verblockt und mussten vorsichtig mit einem Holzspatel getrennt werden, um weiteren Substanzverlust zu vermeiden. Der gesamte Buchblock war durch Staub und Schimmelsporen stark verschmutzt und wurde zunächst mit Falzbürste, Latexschwamm und Radiergummi unter einer Absauganlage gereinigt. Der Bucheinband bestand aus einem sehr dicken Papierumschlag, der wie ein Schutzumschlag über den schimmelgeschädigten Originaleinband geklebt und selbst wiederum mehrfach ausgebessert worden war, sodass mehrere Papierschichten erkennbar waren. Das Ausmaß des Schimmelschadens am Buchblock machte ein Anfasern der betroffenen Seiten notwendig. Dazu wurden der Einband abgenommen und der Buchblock zu zwei Dritteln auseinandergenommen, insgesamt 463 Blatt angefasert und weitere 68 Blatt

von Hand restauriert. Beim Abnehmen des Einbandes kamen die originalen pergamentbezogenen Deckel zum Vorschein. Der vordere Deckel war an der Vorderkante stark schimmelgeschädigt. Der hintere Deckel war weitgehend intakt, während der Rückenbezug völlig fehlte. Auf dem Rücken war unter einer Stofffläche, die sich bei genauerer Betrachtung als Teil eines Handtuchs herausstellte, die originale Hinterklebung aus Gewebestreifen zwischen den Bündeln mit großenteils abgerissenen Flügeln erhalten. Der ursprüngliche Einband konnte unter Verwendung der vorgefundenen alten Deckel als Ganzpergamentband wiederhergestellt werden. Nach einer gründlichen Reinigung des Pergaments wurde der vordere Deckel an der Vorderkante mit Filterkarton ergänzt und auf das ursprüngliche Deckelmaß gebracht. Das Pergament konnte geglättet und wieder aufgeklebt, Fehlstellen mit farblich passendem Japanpapier ergänzt werden. Die restaurierten Lagen des Buchblocks wurden auf den Restbuchblock mit den originalen Lederbündeln aufgeheftet. Dabei war die Wahl der Fadendicke und der Heftungsart wichtig, um den Buchblock nicht höher werden zu lassen, als durch die Länge der alten Bündel vorgegeben war. Nach dem Ableimen und Runden des Buchblocks wurde das Buch eingepresst sowie mit dickem Nesselstoff zwischen den Bündeln und Warmleim neu hinterklebt. Die Deckel wurden angesetzt und der Rücken mit farblich passendem, neuem Pergament bezogen. Dazu wurde der alte Bezug am Falz vom Deckel abgelöst und mit dem neuen Bezug unterlegt. Abschließend wurde der

alte Bezug wieder aufgeklebt und an den Übergängen zum neuen Pergament mit Japanpapier gesichert.

Im Staatsarchiv Nürnberg kann dieser Band nun wieder zur Benützung vorgelegt werden.

Daniel Burger und Hildegard Hagen

Kontinuierlicher Fortschritt der Bestandserhaltungsmaßnahmen bei den Truppenakten aus dem Ersten Weltkrieg

In den Jahren 2013 und 2014 wurden im Rahmen eines DFG-geförderten Großprojekts im Kriegsarchiv unter Anleitung von Archivrat Johannes Moosdiele-Hitzler M.A. die bisher nur in hand- oder maschinenschriftlicher Form vorliegenden Findmittel zu 30 Beständen mit insgesamt über 320.000 Verzeichnungseinheiten (VZE) retrokonvertiert. Darunter machen mit ca. 194.500 VZE die Personalaktenbestände des Kriegsarchivs (Offiziers- und Unteroffizierspersonalakten, Personalakten der Bayerischen Landespolizei) den größten Teil aus, gefolgt von Truppenaktenbeständen aus dem Ersten Weltkrieg (ca. 70.800 VZE), Bildbeständen aus der gleichen Zeit (ca. 36.700 VZE) und drei zeitlich bereits vor dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Beständen oberer Militärbehörden (ca. 18.200 VZE).

Voraussetzung für die Retrokonversion ist, dass einer Verzeichnungseinheit in der Datenbank bzw. im Internet auch ein Archivale im Magazin entspricht und die Bestandsbildung abgeschlossen ist. So kommen die Findmittel der älteren, oft noch in Faszikeln gelagerten Bestände des 18. und 19. Jahrhunderts für eine Retrokonversion nicht infrage; zum einen sind die Bestände nicht endgültig formiert, zum anderen beziehen sich die Betreffe in den zugehörigen Findmitteln in der Regel auf ein ganzes Aktenbündel und sind somit häufig nur summarisch. Dies macht eine zielgerichtete Recherche, wie man sie mit der Retrokonversion erreichen möchte, nahezu unmöglich. Obwohl sich die Überlieferung der bayerischen Truppen aus dem Ersten Weltkrieg in einem ähnlichen Ordnungszustand befand, wurde bereits 2011 mit Blick auf das Weltkriegsgedenken entschieden, auch einen großen Teil der betreffenden Findmittel zu retrokonvertieren. Es galt nun, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und im Vorfeld einen zeitgemäßen Erschließungs- und Lagerungszustand herzustellen.

Bis dahin bot die Weltkriegsüberlieferung der Truppen folgendes Bild: Die Akten lagen größtenteils un- verpackt und zu sogenannten Bündeln verschnürt im Magazin. In der Zwischenkriegszeit war der größte Teil grob verzeichnet worden – allerdings nicht nach

den einzelnen Akten, sondern eben nach Bündeln. Dabei hatte man aber meist schlagwortartig Betreffe für die einzelnen, in den Bündeln vorhandenen Akten aufgelistet. Wollte man einen Akt einsehen, musste man immer einen ganzen Bund bestellen, da in den meisten Fällen aus dem Findmittel nicht hervorging, der wievielte Akt in einem Bund dem gesuchten Betreff zuzuordnen war.



Ehemalige Lagerung in verschnürten Aktenbündeln
(Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Die seit März 2012 geleisteten Arbeiten bestanden konkret im Auflösen der Bündel sowie in der Reinigung, Entfernung von Eisenteilen, sachgerechten Verpackung und Identifizierung der einzelnen Akten im vorhandenen Findmittel, wobei sie mit einer neuen, fortlaufenden Nummer versehen und tektiert wurden. Dabei ging man von der bisher üblichen Praxis ab, die Überlieferung jeder noch so kleinen Einheit eigenständig nach ihr zu benennen und als eigenen Bestand gesondert aufzustellen, und bildete Bestän-

degruppen, wie z.B. „Infanteriedivisionen“ und „Eisenbahntruppen“. Eine ungeheure Anzahl von sehr ähnlich benannten Klein- und Kleinstbeständen mit ungelassenen Bestandsbezeichnungen (z.B. „Ersatzbataillon 1. Fußartillerieregiment, 3. Genesenenbatterie“), die sich oft nur in der Ordnungszahl des jewei-



Verzeichnis nirgends aufgeführt waren. Diese mussten zumindest grob nachverzeichnet werden, wozu in der Regel archivarisches Fachkenntnis notwendig war. Für einige Teilbestände lagen gar keine Verzeichnisse, sondern nur die alten Abgabelisten von 1919 als Findbehelf vor. Es kam sogar vor, dass ein Bestand

am Fach bundweise durchnummeriert war, während sich die Nummerierung im zugehörigen Findmittel auf ältere, längst nicht mehr gültige Signaturen bezog. 3600 Akten wurden daher im Zuge der Einzellegung neu in der archivischen Datenbank verzeichnet.

Nach der Bearbeitung: Einzelne Akten in säurefreien Mappen und Stülpedeckelkartons (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

ligen Truppenteils voneinander unterschieden, hatte bisher nicht selten zu Verwechslungen geführt. Nun wurden die zugehörigen Einzelfonds innerhalb einer Beständegruppe jeweils en bloc aneinandergereiht. Die Provenienzen sind über die oberste Gliederungsebene der neu formierten Bestände bezeichnet.

Von den 20 retrokonvertierten Beständegruppen aus dem Bereich der Weltkriegstruppenakten waren diese Arbeiten vorab bei 19 zu leisten, die sich aus rund 470 Einzelfonds mit insgesamt über 13.700 Aktenbänden zusammensetzen. In nur zweieinhalb Jahren fortwährenden Arbeitseinsatzes durch Archivbeschäftigte und -beamte, Arbeitskräfte mit Mehraufwandsentschädigung, Referendare, Anwärter, Praktikanten, Aushilfskräfte und externe Dienstleister konnte bisher die enorme Menge von ca. 68.000 Akten bewältigt werden. Um den Fortgang des parallel angelaufenen Retrokonversionsprojekts nicht zu behindern, musste teilweise auf die Reinigung und Verpackung im Zuge der Einzellegung und Neu Nummerierung verzichtet werden, weswegen die Bestandserhaltungsmaßnahmen im Kriegsarchiv noch andauern.

Ursprünglich als bloße Bestandserhaltungsmaßnahme gedacht, hatten sich die Arbeiten je nach Qualität des vorgefundenen Erschließungszustands zusehends zu einer tiefgreifenden Bestandsbildungs- und Verzeichnungsmaßnahme ausgewachsen. Nur allzu oft waren Akten in den Findmitteln aufgeführt, die am Fach nicht mehr vorhanden waren. Umgekehrt fanden sich einzelne Akten und ganze Bünde am Fach, die im

Die Koppelung des Retrokonversionsprojekts mit diesem umfangreichen Bestandserhaltungs- und Erschließungsprojekt brachte trotz aller damit verbundenen Unwägbarkeiten, die sich erst im Zuge der Bearbeitung zeigten, einen großen Gewinn für das Kriegsarchiv. Innerhalb weniger Jahre wurde ein Großteil der Weltkriegsüberlieferung der bayerischen Truppen den Anforderungen dauerhafter Bestandserhaltung entsprechend konservatorisch aufbereitet. Die damit verbundene Formierung von Beständegruppen machte nicht nur die Magazine und Findmittel übersichtlicher, sondern hatte zugleich den Nebeneffekt einer umfassenden Bestandsaufnahme. Seit Jahrzehnten vermisste Irrläufer wurden wieder an den richtigen Stellen eingeordnet, schimmel- oder brandgeschädigte Akten wurden gleich getrennt und zur Restaurierung gegeben. Der neue Lagerungs- und Erschließungszustand – ordentlich verpackte und einzeln verzeichnete Akten anstatt verschnürter Bünde mit Sammelbetreffen – erleichtert die Handhabung der Weltkriegsüberlieferung der bayerischen Truppen sowohl bei der Benützung als auch bei der archivischen Arbeit ganz wesentlich. Voraussichtlich 2015 werden die zugehörigen, nun retrokonvertierten Findmittel online gestellt (www.staatliche-archiv.bayern.de). Die Benützungsmöglichkeiten werden sich dadurch entscheidend verbessern.

Johannes Moosdiele-Hitzler

Ausstellungen

Eröffnung der Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“

Am 24. Juni 2014 wurde die Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“ im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs feierlich eröffnet. Die Ausstellung, die sich mit den letzten Friedens- und den ersten Kriegswochen im Sommer 1914 beschäftigte, war bis zum 1. August 2014 in den Ausstellungsräumen an der Ludwigstraße zu sehen und lockte in fünf Wochen über 3300 Besucher an.

Musikalisch umrahmt wurde die Eröffnungsveranstaltung durch die Blaskapelle Höhenkirchen-Siegersbrunn.

In ihrer Begrüßungsansprache hieß die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, besonders die Vertreter von Behörden, Gerichten und befreundeten Institutionen sowie den Generalkonsul der Französischen Republik, Emmanuel Cohet, und den Stadtarchivar von Nancy, Daniel Peter, willkommen. Sie dankte allen am Gelingen der Ausstellung beteiligten Mitarbeitern und Mitar-

beiterinnen und hob die Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Nancy hervor. Ein besonderer Dank ging an den Verein der Freunde und Förderer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, der die Ausstellung selbst und die Eröffnungsfeier großzügig finanziell unterstützt hat.

Dr. Ksoll-Marcon thematisierte die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für Europa und die Welt und verwies auf die zahlreichen Gedenkveranstaltungen im Rahmen des Jahrestages des Kriegsausbruches.



Dr. Margit Ksoll-Marcon
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Bei der Reichsgründung 1870/71 waren Bayern Reservatrechte zugestanden worden, die unter anderem für den bayerischen König den Oberbefehl über die bayerische Armee im Friedensfall umfassten. Mit Kriegsausbruch ging der Oberbefehl auf den deutschen Kaiser über. Dr. Ksoll-Marcon betonte die Bedeutung der in der Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verwahrten Überlieferung der bayerischen Armee (u.a. Truppenakten, Kriegsstammrollen, Personalakten). Da bedeutende Teile der gesamtdeutschen Heeresüberlieferung aus der Zeit 1914–1918 im Zweiten Weltkrieg verloren gingen, seien die Bestände des Kriegsarchivs besonders wichtig. Für die Ausstellung konnte hauptsächlich aus diesen Quellen geschöpft werden.

In Vertretung des bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, eröffnete Ministerialdirigent Toni Schmid die Ausstellung. In seiner Rede wies er auf die zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen hin, die an den Kriegsausbruch vor hundert Jahren erinnern. Er hob die Bedeutung des Ersten Weltkrieges als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts und als Beginn des „Zeitalters des industriellen Kriegstodes“ hervor.

Erfreut zeigte er sich über die guten bayerisch-französischen Beziehungen, die auch durch die Zusammenarbeit des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit dem Stadtarchiv Nancy im Rahmen der Ausstellung bewiesen wurden. Viele grenzüberschreitende Projekte, wie Schulpartnerschaften, Klassenfahrten und andere Austauschprogramme, zeugten vom Erfolg des vereinten Europas.

Die Ausstellungsräume des Bayerischen Hauptstaatsarchivs im Gebäudekomplex des ehemaligen bayerischen Kriegsministeriums bildeten einen würdigen Rahmen für die Ausstellung, vor allem, da nach langem Warten derzeit die Fassade des Bauteils zur Ludwigstraße saniert werde. Die Ausstellung könne auch als Einstieg für den Schülerlandeswettbewerb „Erinnerungszeichen 2014/2015“ dienen.



Ministerialdirigent Toni Schmid
(Foto: Doris Wörner,
Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



Generalkonsul Emmanuel Cohet
(Foto: Doris Wörner,
Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Auch der französische Generalkonsul Emmanuel Cohet lobte in seinem Grußwort die Ausstellung als wichtige Initiative im Rahmen der Erinnerungsarbeit. Er bedankte sich bei der Stadt Nancy, die den französischen Beitrag für die Münchener Ausstellung übernommen hat.

In Frankreich liefen die Vorbereitungen zur „Mission Centenaire“ bereits seit 2012 und würden zentral koordiniert. Cohet sah als Lehre aus den beiden Weltkriegen die deutsch-französische Freundschaft und betonte, wie wichtig gerade in diesem Zusammenhang die Erinnerungsarbeit sei. Heute arbeiten „Deutschland und Frankreich im Gespann für Europa“.



Dr. Gerhard Hetzer
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Im Anschluss an das Grußwort des französischen Generalkonsuls führte der Direktor des Hauptstaatsarchivs, Dr. Gerhard Hetzer, in die Ausstellung ein. Einleitend dankte er den an der Ausstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauptstaatsarchivs und der Generaldirektion, besonders denen der Werkstätten sowie den Leihgebern. Für die Ausstellung konnte auf die reichhaltigen in den Staatlichen Archiven Bayerns verwahrten Quellen zurückgegriffen werden. Ergänzend träten interessante Leihgaben hinzu.

Der Kriegsausbruch 1914 sei bereits von den Zeitgenossen als Einschnitt empfunden worden. Die alte Lehre vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln habe mit dem Ersten Weltkrieg ihre einstige Legitimation verloren. Dr. Hetzer skizzierte kurz die Sequenzen der Ausstellung: „Das August-Erlebnis – ein Aufbruch“, „Kriegsfurcht und Kriegsschmerz – das andere August-Erlebnis“, „Das Bild vom Gegner“, „Der Krieg an der Litfaßsäule“, „Der Krieg der Gelehrten und Künstler“, „Die Schlacht in Lothringen“, „Die Gegenseite: Krieg vor den Toren von Nancy“, „Bilder vom Krieg – Vorstellung und Wirklichkeit“ und „Kriegserinnerung“. Dem Katalog zur Ausstellung sind darüber hinaus einleitende Aufsätze zur diplomatischen Vorgeschichte des Kriegsausbruchs, zu Politik und Öffentlichkeit in Bayern während der Julikrise, zur Mobilmachung in Bayern, zu den Anfängen der Kriegswirtschaft und zu den Kämpfen der bayerischen Armee im Kriegsjahr 1914 vorangestellt. Als Resümee wurde festgehalten: „Den Krieg beginnen wenige, den Krieg führt dann das ganze Volk“.

Laura Scherr

Eröffnung der Ausstellung „Kriegsansichten“ im Staatsarchiv Bamberg

Das Staatsarchiv Bamberg beteiligte sich mit einer Ausstellung aus dem Nachlass des fränkischen Adligen Otto von Waldenfels am 100jährigen Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Anhand persönlicher Fotografien und Sammlungsstücke des Zeitzeugen wurden vom 27. Juni bis zum 26. September 2014 die Erlebnisse einer ganzen Generation für den modernen Betrachter erfahrbar gemacht.

Die Ausstellung wurde am 27. Juni 2014 vor zahlreichen Vertretern aus Kultur und Politik eröffnet. Einleitend stellte Dr. Stefan Nöth, Leiter des Staatsarchivs Bamberg, die Person Otto von Waldenfels und dessen umfangreichen Nachlass vor. Der aus einer oberfränkischen Adelsfamilie stammende Otto von Waldenfels trat nach dem Ende seiner Militärkarriere 1919 in den bayerischen Archivdienst und arbeitete bis zu seiner Pensionierung im Kriegsarchiv, zuletzt als dessen Leiter. Sein im Staatsarchiv Bamberg verwahrter Nachlass umfasst neben persönlichen Briefen, Fotografien und Sammlungsstücken auch die Ergebnisse seiner historischen und familiengeschichtlichen Forschungen. Im Anschluss betonte Dr. Christian Lange, 2. Bürgermeister der Stadt Bamberg, der auch im Namen des ebenfalls anwesenden stellvertretenden Landrats Rüdiger Gerst sprach, die

Bedeutung des aktuellen Gedenkjahres. Persönliche Einblicke gewährte die Enkelin des Nachlassgebers, Petra Suckling, die eigens aus ihrer Wahlheimat England angereist war und dem strengen Offizier Otto von Waldenfels den liebevollen Großvater an die Seite stellte.

Nach kurzer musikalischer Unterbrechung führten Dr. Hannah Hien und Claudia Kropf in die von ihnen erarbeitete Ausstellung ein. Die Erinnerungsstücke Otto von Waldenfels' ermöglichen eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Facetten des Krieges. Auf der einen Seite steht der adelige Offizier beim Brigade- und Divisionsstab, der selbst eine Vielzahl von Privilegien genoss. Doch auch er kam in Berührung mit den ungekannten Schrecken des „Großen Krieges“, erlebte Schützengräben, Panzer, Giftgas und den allgegenwärtigen Tod. Andere Bilder hingegen erinnern fast an Urlaubsfotos, so z.B. wenn Otto von Waldenfels Sehenswürdigkeiten, Dörfer und Städte und immer wieder Menschen in den besetzten Gebieten im Osten und Westen fotografierte. Seine Sammlung an Propagandaflugblättern, Plakaten und Zeitungen in unterschiedlichen Sprachen zeigt schließlich die Bedeutung, die der „Krieg um die Köpfe“ schon bald für alle Seiten erhielt.



Dr. Hannah Hien führt in die Ausstellung ein
(Foto: Staatsarchiv Bamberg).

Im Anschluss bestand die Möglichkeit, die Ausstellung vorab zu besichtigen und bei einem kleinen Empfang mit den Mitarbeiterinnen ins Gespräch zu kommen, wovon reger Gebrauch gemacht wurde. Die Ausstellung wurde sehr gut besucht. Insbesondere Schulklassen aus Bamberg und Umgebung nutzten die angebotenen archivpädagogischen Führungen. So konnte das Staatsarchiv Bamberg einen oberfränkischen Beitrag zum umfassenden europäischen Ge-

denken 2014 leisten und einer breiten Bevölkerung vor Ort eine kognitive wie emotionale Auseinandersetzung mit der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) ermöglichen. Restexemplare des in der Reihe „Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen“ erschienenen Ausstellungskatalogs (75 Seiten) sind im Staatsarchiv erhältlich.

Hannah Hien

Staatsarchiv Coburg präsentierte Ausstellung „Fürst in Zeiten der Krise“

Den 450. Geburtstag von Johann Casimir, einem der bedeutendsten Herzöge von Sachsen-Coburg, nutzte das Staatsarchiv Coburg, um in einer Ausstellung

der archivalischen Überlieferung und stellten diese in den Kontext des breiten kulturellen Erbes des Herzogs. Da sich die Behandlung von Johann Casimir als protestantischem Reichsfürsten darüber hinaus in das Themenjahr „Reformation und Politik“ einfügte, war es möglich, die Ausstellung vor Ort auch in die von einem breiten Bündnis von Institutionen getragene Aktion „Lutherdekade 2017“ einzubringen.

Inhaltlicher und organisatorischer Partner des Staatsarchivs war die Historische Gesellschaft Coburg e.V. Die Vorstandsmitglieder Rainer Axmann und Christian Boseckert M.A. erarbeiteten drei der insgesamt sechs Ausstellungssequenzen. Junge Designer und Innenarchitekten von WIRGESTALTEN e.V. kümmerten sich um Layout und Architektur. Die



Foto: Laura Luisa Grebner.

Schätze aus seiner reichhaltigen Überlieferung zu präsentieren. Es reihte sich damit in das Coburger Themenjahr anlässlich des Jubiläums ein, das ein reichhaltiges Programm bot. Die Kooperation mit zwei Vereinen ermöglichte eine umfassende Darstellung des Themas und ein frisches Ausstellungsdesign. Die von Juli bis Oktober gezeigte Ausstellung stieß auf sehr positive Resonanz.

Mit der Präsentation ergänzten die Ausstellungsmacher das Jubiläumsjahr insbesondere um den Aspekt

Niederfüllbacher Stiftung machte durch eine großzügige Förderung die Realisierung möglich.

Archivleiter Johannes Haslauer M.A. konnte am 15. Juli rund 50 Gäste zur Ausstellungseröffnung begrüßen. Als Überraschungsgast führte Herzog Johann Casimir, gespielt von Stephan Mertl vom Landestheater Coburg, selbst in seine Biographie ein. Prof. Dr. Gert Melville, Vorsitzender der Historischen Gesellschaft Coburg, stellte die Bedeutung des Herzogs für die Entwicklung der Stadt heraus und machte das Ziel deutlich, jenseits aller Heldenverehrung einen Men-

schen in seiner Zeit zu zeigen. Im Namen des Teams von WIRGESTALTEN e.V. dankte Michael Lechner für die Möglichkeit, an der Ausstellung mitzuwirken.



Stephan Mertl (Landestheater Coburg) als Herzog Johann Casimir (Foto: Rainer Grimm, Staatsarchiv Coburg).

Für das Staatsarchiv ist Herzog Johann Casimir in mehrerlei Hinsicht bedeutsam. Zum einen ist er der Bauherr des ehemaligen Zeughauses, in dem das Archiv seit 1990 untergebracht ist. Zum anderen lässt sich in der Regierungszeit des Herzogs eine erkennbare Professionalisierung des Archivwesens feststellen. Das damals entstandene Geheime Archiv bildet den Kern des Bestands „Landesarchiv“, des heute wichtigsten Altbestands im Staatsarchiv.

Anhand aussagekräftiger Exponate ging die Ausstellung der historischen Figur auf den Grund, die in der Erinnerungskultur der Region bis heute lebendig geblieben ist. So gewährte die Präsentation Einblicke in die Welt eines Fürsten der Spätrenaissance, der seine Regierung unter erschwerten Bedingungen antrat. Johann Casimirs Vater war in den Grumbach'schen Händeln in die Acht gefallen. Trotzdem konnte der Sohn – zuerst zusammen mit seinem jüngeren Bruder Johann Ernst – wieder an die Herrschaft des Vaters anknüpfen. Nach der Teilung mit seinem Bruder im Jahr 1596 herrschte er über ein Territorium, das weit in den thüringischen Raum hineinreichte. Er war der erste Herzog aus der Linie der ernestinischen Wettiner, der ein reichsrechtlich eigenständiges Fürstentum Sachsen-Coburg regierte. Die Ausstellung zeigte, wie der Fürst das frühmoderne Staatswesen formte. Im Abschnitt zu Hofleben und Machtdarstellung entstand ein lebendiges Bild von seinen repräsentativen Ansprüchen. Die Sequenz zu den Außenbezie-

hungen ließ den Blick über die Landesgrenzen hinaus schweifen, sowohl zu den direkten Nachbarn – vor allem den Hochstiften Bamberg und Würzburg – als auch ins Reich. Nach einem Überblick über das fürstliche Bauprogramm, die beteiligten Künstler und die überregionalen Einflüsse erzählte der letzte Abschnitt vom Nachleben des Herzogs.

Das Staatsarchiv Coburg bot bei Sonderöffnungszeiten die Möglichkeit, die Ausstellung nach Feierabend oder samstags zu besichtigen. Die Presse begleitete die Ausstellung mit ausführlicher Berichterstattung und lobte die „ebenso faktenreiche wie erhellende Schau, die helfen kann, manches Casimir-Klischee zu korrigieren“. Zur Ausstellung ist ein bebildeter Katalog in der Reihe „Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen“ erschienen. Mit der Ausstellung präsentierte sich das Staatsarchiv auch bei der Coburger „Nacht der Kontraste“ am 13. September 2014.

Johannes Haslauer

Eröffnung der Ausstellung „Schuld und Sühne?“ im Staatsarchiv München

Am 6. Mai 2014 wurde im Staatsarchiv München in Anwesenheit hoher Repräsentanten vor allem aus Justiz, Lehre und Forschung sowie unter Anteilnahme zahlreicher Fachkolleginnen und -kollegen die Ausstellung „Schuld und Sühne. Zur Verfolgung der



Dr. Christoph Bachmann
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).



**Schuld
und
Sühne?**

Zur Verfolgung
der NS-Verbrechen durch
oberbayerische Justizbehörden
anhand der Überlieferung im
Staatsarchiv München

Eine Ausstellung des
Staatsarchivs München
Schönfeldstraße 3
80539 München

7. Mai bis 20. Juni 2014

Mo bis Do 8–18 Uhr
Fr 8–13 Uhr
an Feiertagen geschlossen

Eintritt frei

Plakatgestaltung: Karin Hagendorn
(Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

NS-Verbrechen durch oberbayerische Justizbehörden anhand der Überlieferung im Staatsarchiv München“ in feierlichem Rahmen eröffnet. Die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, begrüßte die Anwesenden. Sie betonte in ihrer Ansprache, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den „NSG-Verfahren“ für die Aufarbeitung der NS-Zeit sei und verwies auf die zahlreichen Verfahrensakten der oberbayerischen Staatsanwaltschaften, die im Umfang von ca. 100 lfm im Staatsarchiv München verwahrt werden.

Im Anschluss sprach der Leiter des Staatsarchivs, Dr. Christoph Bachmann, über die Geschichte der Verfahren wegen Nationalsozialistischer Gewaltverbrechen („NSG-Verfahren“) und legte dabei den Schwerpunkt auf Oberbayern. Auch wenn nur sehr wenige der Täter, gegen die ermittelt wurde, verurteilt wurden, hob Dr. Bachmann den historischen Quellenwert der Verfahrensakten hervor. Diese Diskrepanz zwischen der Zahl der eingeleiteten Ermittlungen und den abgeschlossenen Gerichtsverfahren unterschied sich in Oberbayern und Bayern nicht wesentlich von der Situation in den anderen Bundesländern. Auch in Oberbayern lag die Einstellungsquote bei etwa 96 Prozent aller Verfahren. Eine Besonder-

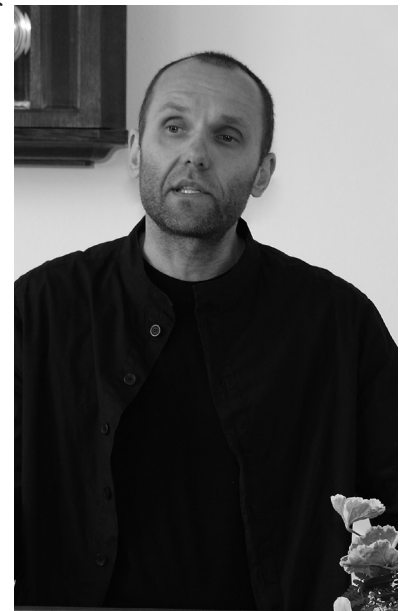
heit ließ sich allerdings feststellen, denn die Staatsanwaltschaft München II ermittelte überwiegend zu den NS-Verbrechen im Konzentrationslager Dachau, wohingegen die Staatsanwaltschaften München I und Traunstein zahlreiche Ermittlungen zu Verbrechen anstellen mussten, deren Tatorte in ganz Europa bis Russland verteilt waren.

Abschließend führte Archivamtmann Robert Bierschneider in die Ausstellung ein und stellte dabei einzelne Komplexe, die Akteure, die Tatorte, die Täter und die Opfer anhand ausgewählter Beispiele vor. Ein besonderes Augenmerk richtete Bierschneider dabei auf die Exponate, die nicht im Staatsarchiv München zu erwarten seien, wie etwa Unterlagen zur Ermordung von Edith Stein oder von Jakob Dschugaschwili, dem Sohn Josef Stalins. Ausführlich wurden auch die zahlreichen Exponate zum Konzentrationslager Dachau (medizinische Versuche, Nebenlager) angesprochen. Ein Rundgang durch die Ausstellung sowie ein anschließender kleiner Empfang folgten.

Es ist ein Katalog in der Reihe „Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen“ erschienen.

Da das Landgericht Coburg und der SPD-Arbeitskreis Labertal, vertreten durch Ruth Müller MdL, die Ausstellung gerne bei sich zeigen möchten, wird eine Wanderausstellung mit neun leicht transportablen Stofftafeln vorbereitet, die ab Mitte 2015 zur Verfügung steht. Die Wanderausstellung kann auch andernorts gezeigt werden. Als Kosten fallen nur die Transportkosten von der jeweils vorausgehenden Präsentation an. Interessenten wenden sich bitte an das Staatsarchiv München (poststelle@stam.bayern.de).

Christoph Bachmann



Robert Bierschneider
(Foto: Doris Wörner,
Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Archivschule

Die Bayerische Archivschule blickt über den Zaun

Fester Bestandteil der berufspraktischen Ausbildung an der Bayerischen Archivschule ist für alle Archivistinnen und Archivschüler, unabhängig davon, in welcher Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen sie einsteigen, ein Praktikum in einem kommunalen Archiv, in der Regel im Stadtarchiv München, sowie in einem kirchlichen Archiv, in der Regel im Archiv des Erzbistums München und Freising. Zusätzlich sollen die Anwärterinnen und Anwärter, Referendarinnen und Referendare auch Einblicke in weitere Archivsparten gewinnen. Die vielfältige Münchner Archivlandschaft ermöglicht dies ohne Weiteres. So konnte der Vorbereitungsdienst 2012/2015 für die dritte Qualifizierungsebene bereits das Bayerische Wirtschaftsarchiv, das Archiv des Deutschen Museums, das Historische Archiv des Bayerischen Rundfunks, das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, das Archiv des Bayerischen Landtags sowie das Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau besuchen. Besuche im Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität und im Archiv des Orff-Zentrums München sind geplant.

Die Anwärterinnen und Anwärter für die dritte Qualifizierungsebene erarbeiten während ihres Fachstudiums eine Lehrausstellung zu einem jeweils selbstgewählten Thema. Diese Lehrausstellungen werden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv gezeigt, ihre Bewertung geht in die Gesamtprüfungsnote der Bearbeiterin bzw. des Bearbeiters ein. Zusätzlich zum Unterricht im Fach Ausstellungswesen, der naheliegenderweise einen hohen Praxisanteil aufweist, ergab sich im Jahr 2014, dem Gedenkjahr für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, die Möglichkeit, mehrere Ausstellungen zu besuchen, die in München im Rahmen des Programms „1914–2014 – Die Neuvermessung Europas“ gezeigt wurden. Dort konnten einerseits die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der diversen Veranstalter und andererseits die – nicht zuletzt von räumlichen und personellen Ressourcen beeinflussten – Gestaltungsmöglichkeiten vergleichend betrachtet werden. Neben der Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchiv „Krieg! Bayern im Sommer 1914“ sahen die Anwärterinnen und Anwärter die Ausstellungen „Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914–1918“ im Jüdischen Museum, „Arbeiter und Arbeiterbewegung in München im Ersten Weltkrieg“ im Gewerkschaftshaus München, „Wenn

der Kaiser ruft“. Zur Geschichte des Wehramtsgebäudes (heute Stadtarchiv) an der Winzererstraße 68“ im Stadtarchiv München sowie „Herzliche Grüße aus dem Krieg“ im Valentin-Karlstadt-Museum.

Sabine Frauenreuther

Neuer Referendarkurs hat begonnen

Am 1. Oktober 2014 hat an der Bayerischen Archivschule ein neuer Ausbildungskurs für die 4. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen mit sechs staatlichen und vier kommunalen Referendarinnen und Referendaren begonnen. Während der zweijährigen Ausbildung wechseln Theorie und Praxis, die inhaltlich aufeinander Bezug nehmen, ab. Im Rahmen der Praktika lernen die Referendarinnen und Referendare die beiden größten staatlichen Archive, das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv München, mit ihrer breiten Überlieferung kennen. Darüber hinaus erfolgt eine enge Kooperation mit anderen Archivträgern, die am Standort München besonders konzentriert sind. Durch Besuche oder auch Praktika werden Einblicke in kommunale, kirchliche, wissenschaftliche und private Archive sowie in die Archive des Bayerischen Rundfunks und des Bayerischen Landtags gegeben.

Entsprechend dem breiten archivfachlichen Aufgabenfeld liegt ein Schwerpunkt der theoretischen Ausbildung auf deutscher und lateinischer Paläographie, Verwaltungsgeschichte, Rechtsgeschichte, Schriftgutverwaltung und Aussonderung sowie den digitalen Unterlagen und deren Archivierung. Fragen des Archivbaus und der Bestandserhaltung werden ebenso behandelt wie Archivrecht und Verwaltungsrecht. Die räumliche Nähe zu Ministerien, Behörden und Gerichten ermöglicht es, die Referendarinnen und Referendare bereits während der Ausbildung mit den Lieferanten unseres Archivguts vertraut zu machen. Behördenbesuche sind in verschiedenen Unterrichtsfächern fester Bestandteil der Ausbildung.

Um den Anforderungen einer modernen Verwaltung gerecht zu werden, werden auch in diesem Kurs Projektmanagement, Sponsoring und Fundraising unterrichtet werden.

Mit der Erarbeitung von Archivalienausstellungen in Zweiergruppen haben die Archivarinnen und Archivare bereits begonnen.

Margit Ksoll-Marcon

Personalia

Generaldirektor a.D. Professor Dr. Rumschöttel geehrt

Ministerpräsident Horst Seehofer hat am 5. November 2014 im Kuppelsaal der Staatskanzlei neben anderen Persönlichkeiten auch Professor Dr. Hermann Rumschöttel, Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns a.D., mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Der Verdienstorden ist die einzige allgemeine Verdienstauszeichnung in Deutschland und damit die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht. Professor Dr. Rumschöttel war 1970 in die staatliche Archivverwaltung eingetreten und hatte zuletzt von 1997 bis Februar 2008 die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns geleitet.

Margit Ksoll-Marcon

Archivobersekretär Thorsten Pecher plötzlich am 4. Dezember 2014 verstorben

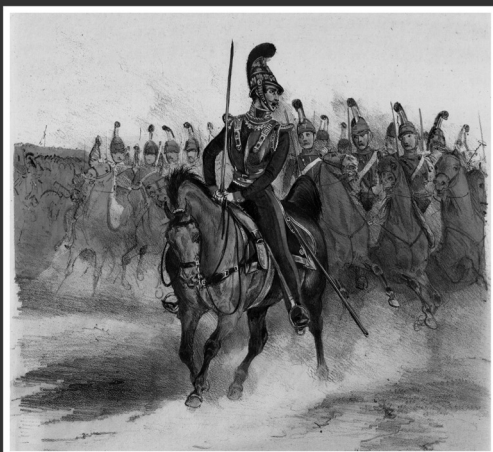
Thorsten Pecher, geboren am 15. April 1966 in Leipzig, absolvierte von 1990 bis 1992 den Vorbereitungsdienst für den mittleren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule, den er mit Erfolg abschloss. Daran anschließend wurde er in den bayerischen Archivdienst übernommen und dem Staatsarchiv Bamberg zugewiesen. Sein breit gefächertes Arbeitspensum hat er stets zur vollsten Zufriedenheit erledigt. Sein großes Organisationsgeschick, seine Kompetenz und seine Hilfsbereitschaft brachten ihm die Wertschätzung aller Kolleginnen und Kollegen ein. Mit großer Betroffenheit haben wir von seinem Tod erfahren. Wir werden Herrn Pecher in guter Erinnerung behalten und ihm ein würdiges Andenken bewahren.

Margit Ksoll-Marcon

Neue Veröffentlichungen

Achim Fuchs

Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee



Achim Fuchs, Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee (Sonderveröffentlichung der Staatlichen Archive Bayerns 9), München 2014, 203 Seiten, sw-Abbildungen (ISBN 978-3-938831-49-6), Verkaufspreis 9,50 €.

Die Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee vermittelt historisches Grundwissen zur Bayerischen Armee von ihren Anfängen bis zum Übergang der Wehrhoheit von Bayern auf das Deutsche Reich im Jahre 1919. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Organisation des Heeres im Wandel der Jahrhunderte, den Truppen, der Ausbildung der Soldaten, ihrer Rekrutierung, dem Offizierskorps, den Waffengattungen, der Taktik, den Festungen, den Uniformen und Fahnen. Dr. Achim Fuchs, ehemals Leiter der Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, gibt dem Leser Originalquellen an die Hand und Hilfsmittel zu ihrer Interpretation, wie z.B. die Auflösung militärischer Truppenbezeichnungen und eine Bibliographie für den vertieften Einstieg in das Thema.

Susanne Wolf

Ausstellungskataloge

Fürstliche Schatzkammern. Die Entstehung der Archive im Hochstift Würzburg und im Herzogtum Bayern. Eine Ausstellung im Staatsarchiv Würzburg. Konzeption und Bearbeitung: Hannah Hien und Irmgard Lackner (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 43), München 2014 (ISBN 978-3-938831-47-2), 40 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

250 Jahre Archiv in der Würzburger Residenz. Ein Haus der Geschichte im Weltkulturerbe 1764–2014. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg. Konzeption und Bearbeitung: Ingrid Heeg-Engelhart (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 44), München 2014 (ISBN 978-3-938831-50-2), 16 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Transportieren, Telegraphieren, Telefonieren. Pionierleistungen der Bayerischen Staatspost. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Konzeption und Bearbeitung: Edeltraud Weber (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 45), München 2014 (ISBN 978-3-938831-51-9), 116 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

„Mein schönes Theater!“ Der Brand im Hof- und Nationaltheater 1823 und seine Folgen. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 14.1.–20.2.2015, bearb. von Christina Oikonomou, München 2015 (Geheft).

Sonderveröffentlichungen

Achim Fuchs, Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee (Sonderveröffentlichung der Staatlichen Archive Bayerns 9), München 2014 (ISBN 978-3-938831-49-6), 203 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Hinweise

Historische Kulturlandschaftselemente in Bayern, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. (Heimatpflege in Bayern 4), München 2013 (ISBN 978-3-931754-54-9), 216 S., zahlr. Farb- und Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Der 9. Bayerische Archivtag

zum Thema

„Archivgut digital“

findet am 8. und 9. Mai 2015

in Schweinfurt statt.

Detaillierte Programminformationen ab Ende Februar 2015

unter www.gda.bayern.de und www.kommunalarchive-bayern.de

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Umschlag, Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Titelseite: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kurpfalz Urkunden 1, Die goldene Bulle von 1356 – Goldsiegel Vorder- und Rückseite mit der Abbildung des thronenden Kaisers Karl IV. und einer idealisierten Darstellung der Stadt Rom (Fotos: Doris Wörner Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Christoph Bachmann M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Daniel Burger M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – PD Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Sabine Frauenreuther (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Martina Haggenmüller (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Hildegard Hagen (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Hannah Hien M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Ulrike Claudia Hofmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Claudia Kalesse M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dipl.-Historiker Simon Andreas Kalleder (Staatsarchiv München). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Philipp Lintner (Staatsarchiv Augsburg). – Johannes Moosdiel-Hitzler M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Stefan Nöth (Staatsarchiv Bamberg). – Edith Plöthner-Scheibner M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Johann Pörnbacher M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Michael Puchta (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Klaus Rieger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Laura Scherr M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Ilona Schwiermann M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Thomas Steck (Staatsarchiv Augsburg). – Johannes Stoiber (Staatsarchiv Landshut, vorher Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Werner Wagenhöfer (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Susanne Wolf M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721–9733

Druck: Pröll Druck u. Verlag GmbH & Co KG, Derchinger Straße 120, 86165 Augsburg

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.

Staatliche Archive Bayerns

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2482
Fax: (0 89) 286 38-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2596
Fax: (0 89) 286 38-2954
E-Mail: poststelle@bayhsta.bayern.de

Staatsarchiv Amberg

Archivstraße 3
92224 Amberg
Telefon: (0 96 21) 30 72 70
Fax: (0 96 21) 30 72 88
E-Mail: poststelle@staam.bayern.de

Staatsarchiv Augsburg

Salomon-Idler-Straße 2
86159 Augsburg
Telefon: (08 21) 599 63 30
Fax: (08 21) 599 63 333
E-Mail: poststelle@staau.bayern.de

Staatsarchiv Bamberg

Hainstraße 39
96047 Bamberg
Telefon: (09 51) 986 22-0
Fax: (09 51) 986 22-50
E-Mail: poststelle@staba.bayern.de

Staatsarchiv Coburg

Herrngasse 11
96450 Coburg
Telefon: (0 95 61) 427 07-0
Fax: (0 95 61) 427 07-20
E-Mail: poststelle@staco.bayern.de

Staatsarchiv Landshut

Burg Trausnitz
84036 Landshut
Telefon: (08 71) 923 28-0
Fax: (08 71) 923 28-8
E-Mail: poststelle@stala.bayern.de

Staatsarchiv München

Schönfeldstraße 3
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2525
Fax: (0 89) 286 38-2526
E-Mail: poststelle@stam.bayern.de

Staatsarchiv Nürnberg

Archivstraße 17
90408 Nürnberg
Telefon: (09 11) 935 19-0
Fax: (09 11) 935 19-99
E-Mail: poststelle@stanu.bayern.de

Staatsarchiv Würzburg

Residenz-Nordflügel
97070 Würzburg
Telefon: (09 31) 355 29-0
Fax: (09 31) 355 29-70
E-Mail: poststelle@stawu.bayern.de